

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 55 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
27. Mai 1914

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Jettin (Zunel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Ein Förderer der Unsitlichkeit. — Die Arbeiterin der Glasindustrie.
Von E. G. — Die Wittwen- und Waisenfürsorge in der Praxis.
Von F. Kl. — A demi mort . . . Halb tot. Von Max Barthel. —
Die internationale Friedensdemonstration der Genossinnen in
Berlin. (Schluß.)
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Aus den Organisationen.
Jahresbericht der Magdeburger Genossinnen. — Politische Rund-
schau. Von A. Th. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der Textil-
arbeiterbewegung. Von sk. — Arbeitslorenzählung im Deutschen
Textilarbeiterverband. Von sk. — Der freie Sonnabendnachmittag
in den Samtwebereien Krefelds. Von R. Bretschneider. — Genossen-
schaftliche Rundschau. Von H. F.
Notizen: Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen. — Für-
sorge für Mutter und Kind. — Sozialistische Frauenbewegung im
Ausland. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Ämtern.
— Verschiedenes.

Ein Förderer der Unsitlichkeit.

Die Regierung des Deutschen Reiches leidet wieder einmal an jenem Sittlichkeitskoller, der sie periodisch befallt. Das ist ganz erklärlich angesichts der Fäulnis, die in großen Schichten der besitzenden Klassen den sich vollziehenden Verwesungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft kündigt. Wenn man das winzige Maß Regierungsweisheit berücksichtigt, mit dem sich das liberale deutsche Bürgertum begnügt, so wird auch das Gemisch tolpatschiger Beschränktheit und reaktionärer Bössartigkeit begreiflich, mit dem die Sittlichkeit gerettet werden soll. Die Büttelgewalt, die als Zensor über Theaterstücke und andere künstlerische Schöpfungen entscheidet, die Büttelschnüffelei, die hinter jeder Künstlerpostkarte her ist, sollen durch die kleine Lex Heinze die höhere Weihe und zugleich weitreichende Machtbefugnis erhalten. Es erübrigt sich, noch etwas zur Kritik dieses Wechselbalges zu sagen. Dagegen möchten wir einen großen Förderer der Unsitlichkeit an den Pranger stellen, einen großen Förderer, von dem die amtlichen Moralbeflissenen schweigen. Wir meinen den Militarismus.

In der Tat! Neben der schreienden wirtschaftlichen Not breitet sich ausgebeuteter Volkschichten und der Zustände, die auf dem Boden solcher Not erwachsen; neben dem Überfluß und dem Müßiggang mit ihren korrumpierenden Folgen in der kleinen Welt der Besitzenden wüthten wir in der stickigen, schwülen, von tausend Barbareien und häßlichen Begierden geschwängerten Atmosphäre der bürgerlichen Ordnung kaum einen fruchtbareren Wegbereiter der Verrohung und Unsitlichkeit, als gerade den Militarismus. Er erweist sich auch in diesem seinem Wesenszug als das legitime Kind des Kapitalismus. Es ist noch nicht allzu lange her, daß dies wieder einmal so offiziell wie nur möglich bestätigt werden mußte.

Das war vor dem Kriegsgericht zu Straßburg, als dort zum ersten Male über die Geldentaten des Geldenjünglings Leutnant v. Forstner verhandelt wurde. Dabei sagten zwei Zeugen aus — ein Schlossermeister und ein Oberlehrer, also Männer von unverdächtiger bürgerlicher Gesinnung —, daß die Truppen des milchbärtigen Junkerleins ein zotiges Lied

singend durch das Städtchen Dettweiler gezogen waren. So schmutzig waren die gegröhlten Unanständigkeiten, daß die beiden Zeugen sich scheuten, sie vor Gericht zu wiederholen. Wir haben den Vorgang bereits früher gewürdigt.

Man vergegenwärtige sich, in welchem Lichte die gerichtlich festgestellte Episode den Militarismus als Erzieher zeigt. Soldaten rücken aus, darunter Rekruten — so läßt wenigstens der Sachverhalt schließen. Rekruten, von denen gewiß manche, wir hoffen viele, trotz aller Lebensnot von daheim ein keusches Empfinden in geschlechtlichen Dingen mit in die Kaserne gebracht haben. Ausgerechnet ein unflätiges Lied ist es, das angestimmt wird, damit der ermüdende, langweilige Drill weniger hart gefühlt werde. Wenn von den jungen Burschen der Ekel die Kehle zuschnürt, der kann vielleicht durch den Spott verrohter Kameraden mürbe gemacht oder wohl auch durch den Befehl eines gemeinen Vorgesetzten gezwungen werden, die Zoten mitzubrüllen. Die klingen auch an die Ohren des „Zivilpads“, an dem die Truppen vorübermarschieren, und das Zivilpad besteht nicht lediglich aus Schlossermeistern und Oberlehrern, die sich ihr Teil denken. Es befinden sich darunter Frauen, die sich in tiefster Seele verletzt fühlen; Mütter, die mit quälender Herzensangst an den Sohn in der Kaserne denken; Halbwüchsige und Kinder, deren Wesen zum ersten Male von einem Hauch der Gemeinheit gestreift wird und vielleicht dadurch eine dauernde Krümmung erleidet.

Der Militarismus als Erzieher der jungen Männer, des Volkes, wie er lebt und lebt! Man vergesse nicht, daß der gerichtlich bescheinigte Vorgang sich in Gegenwart von Aufsicht und Befehl führenden Vorgesetzten abspielt hat. Also auch zum allermindesten mit ihrer stillschweigenden Duldung. Wie würden die Herren Epaulettenträger dreingewettert haben, wenn es den Soldaten eingefallen wäre, die Marzeillaise oder gar den Sozialistenmarsch anzustimmen! Wir haben es schwarz auf weiß: des Königs Noth — natürlich nur wenn ein Offizier darin steckt! — wird schon durch das vermutete Lächeln eines Zivilisten derart herabgewürdigt, daß als Sühne die Zertrümmerung des bürgerlichen Rechts und eventuell blutige Waffengewalt gerechtfertigt sein soll. Jedoch auch das aufmerksamste Mäuschen hat nichts davon rauscheln hören, daß derselbe Noth beschmutzt würde, wenn irgend ein gallonierter Schweinigel die ihm unterstellte Mannschaft Zoten gröhlen läßt. Das scheint sich also mit der besonderen, feineren Standesehre eines Offiziers zu vertragen.

Daß es sich in dem Dettweiler Fall um eine ganz vereinzelte Ausnahme handelt, wird niemand behaupten, der in der „pädagogischen Provinz“ der kapitalistischen Ordnung, in der Kaserne, die Luft geatmet hat, die der Militarismus erzeugt. Für die gedrillten, geschurigelten, zum Kadavergehorsam gezwungenen Mannschaften sind in dem Zwischendrin des harten, geistlosen Dienstes nur zu oft Zoten — gereimte und reimlose, gegröhlte und gesprochene —, was der Choral für den Frommen ist, der in der Mühsal seines Lebenswegs Erquickung und wohlthuend empfundene Geistes-

umnebelung sucht. Wir sagen klipp und klar Boten und denken dabei nicht etwa an derbe Schelmen- und Landsknechtslieder, deren naive Sinnlichkeit mit den schmutzigen Kasernenhofblüten so wenig gemein hat wie die Prüderie mit Anstand und die Heuchelei mit sittlicher Reinheit.

Wie erzieherisch der Militarismus auf die geschlechtliche Sittlichkeit der Truppen einwirkt, dafür gibt es einen geradezu klassischen Beleg. Nicht etwa den berühmt gewordenen Automaten im Kasernenhof zu Hanau, der für 10 Pf. Präferentive gegen venerische Krankheiten auswarf. Nein, einen Vorgang aus dem internationalen Sunnensfeldzug in China, der ja alle Vorzüge militärischer Manneszucht und Kulturtrügerei im hellsten Glanze erstrahlen ließ. Hören wir, was Genosse Kunert in der Sitzung des Reichstags vom 31. März 1906 darüber feststellte:

„Daß deutsche Soldaten geschlechtliche Gewaltakte an chinesischen Frauen verübt haben, ... ist bewiesen worden, eiblich vielfach bewiesen worden. Es sind dabei so ungeheuerliche Dinge ans Tageslicht gekommen, daß ich es mir versage, darüber nähere Angaben zu machen. Nur das eine möchte ich noch hervorheben, daß über die Tatsache hinaus, daß Frauen und Mädchen geschändet worden sind, noch bewiesen worden ist, daß auch Kinder in viehischer, in entsetzenerregender Weise von deutschen Soldaten geschändet worden sind. Darüber hinaus aber ist auch noch vor dem hiesigen Gericht bewiesen, daß eine ganz schmachvolle, nichtswürdige Bordellwirtschaft unter deutschem Schutz drüben in China etabliert war. Und das als amtliche Institution unter dem deutschen Banner! Ja, meine Herren, die Einrichtung war eben derartig, daß man einen anderen treffenden Ausdruck dafür nicht findet. Es waren zwei Abteilungen in dem Bordell, die eine für die Offiziere, die andere für die Mannschaften. Es war in verschiedenen Sprachen eine Aufschrift an dem Hause: „Nur für deutsches Militär.“ Es war auch ein Wachposten dort, und es war endlich eine Sanitätstruppe in dem Bordell tätig. Wenn ich also sage, daß das Hurenhaus amtlich, daß es offiziell eingerichtet gewesen ist, so sage ich wohl nicht zuviel.“

Trotz dieser Dinge sind die erheblichsten Ausschreitungen vorgekommen. Trotzdem die Soldaten wußten, daß das betreffende Haus unter deutschem Schutz, unter dem deutschen Banner stand, wurden solche Bordelle wiederholt gestürmt; dabei wurde die Klasse geplündert und die Mädchen mißhandelt, verwundet und vergewaltigt. (Zurufe rechts.) Ja, auch in Bordellen unter deutschmilitärischem Protektorat. Es sind da auch Schandiaten schlimmer Art, die zu Strafprozessen führten, vorgekommen. Auch diese armseligen, numerierten Frauenzimmer sind Menschen. ... Die mutmaßliche Erklärung dieser deutschen Bordelleinrichtung ist vielleicht in der sanitären Seite zu suchen, daß 60 Prozent des Militärs geschlechtlich krank gewesen sein sollen. Die wahrscheinliche Erklärung liegt vielleicht aber auch darin, daß eben diese bestialisches Freveln und Verbrechen der Notzucht, Vergewaltigung und Schändung vorgekommen sind und man sich gesagt hatte: wir müssen hier auf irgend eine Art Abhilfe schaffen. Aber trotzdem bleibt die Bordelleinrichtung ein Rechtsbruch von sehr gravierender Art.“

In nicht fortzubehaltender Weise sagen uns hier beschworene Tatsachen dieses: Unter dem Einfluß der kapitalistischen Produktion haben sich wohl die Formen des „öffentlichen Lasters“, der „gewerbmäßigen Unzucht“ geändert, allein in der Sache selbst sind wir noch nicht über das Mittelalter hinaus, wo der „Waibel“ den jedes Heer begleitenden Troß „fahrender Fräulein“ befehligte, und wo den Anführern und Herren selbstverständlich das Recht der Auswahl unter den jüngsten, schönsten und reizvollsten Dirnen zustand. Wie damals, gehört auch heute noch Kriegshandwerk, geschlechtliche Rohheit und Ausschweifung, Prostitution zusammen. Der Imperialismus, der alle barbarischen, häßlichen Wesenszüge des Militarismus steigert, auf die Spitze treibt, läßt auch die sexuelle Rohheit und Verwilderung aufs üppigste emporwuchern.

Das tritt international in Erscheinung. Im bibelgläubigen England verfügte 1886 der Oberbefehlshaber der Armee, Lord Roberts, daß für die Truppen in Indien junge, hübsche Mädchen in ausreichender Zahl zu beschaffen und unter einheitliche Bestimmungen zu stellen seien. Während des Burenkriegs florierte der Mädchenhandel nach Kapstadt. Auf dem letzten internationalen Kongreß der bürgerlichen Frauen-

sittlichkeitsverbände zu Budapest, im Sommer 1913, wurde auf den Zusammenhang zwischen Imperialismus und Un-sittlichkeit hingewiesen. Die Vorsitzende des „Weltbundes“ dieser Organisationen, die Amerikanerin Frau Chapman-Catt, wendete sich mit scharfen Worten gegen „die westlichen christlichen Nationen, die alljährlich ihre sogenannten Koloniatoren in alle Weltteile senden, und deren Heere Demoralisation und Prostitution in den Kolonien verbreiten“. Frau Chapman-Catt ist nicht verdächtig, als Umstürzlerin den „Lebensnerv“ des kapitalistischen Klassenstaats antasten zu wollen.

Bei dem Getue und Gebabe der approbierten bürgerlichen Sittlichkeitshüter muß es auffallen, daß sie so gut wie totschweigen, was der Militarismus als Mehrer und Verbreiter der Unsittlichkeit wirkt. Ja mehr noch, daß sie mit der einen Hand segnen, was sie mit der anderen in die verrufenen Winkel der bürgerlichen Ordnung verbannen möchten. Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Feld erklärte zum Beispiel in der oben erwähnten Sitzung, die in China unter deutscher Flagge errichteten Bordelle seien eine „der weisesten sanitären Maßregeln gewesen, welche jemals von einer Behörde eingeführt wurden“. Seine Auffassung wurde ausdrücklich von der bürgerlichen Mehrheit mit einem „Sehr richtig!“ unterstrichen. Kein noch so frommes Pastoren- oder Zentrumsblatt hat den volksverrothenden und volksbeschmutzenden Vorgang in Dettweiler festgenagelt. Der schlichte Kommerzienrat mit Millionen fühlt sich geehrt, wenn seine Erbtochter von einem adligen Offizier umworben wird, vor dessen Ohren und mit dessen Erlaubnis die Soldaten gemeine Lieder singen. Als ob mit der Reitpeitsche und dem Stallgeruch auch der Schmutz der Seele in der eleganten Junggesellenwohnung gelassen werden könnte!

Der gute Bürger weiß eben oder empfindet instinktiv, daß seine heilige Ordnung der Ausbeutungswirtschaft heute des Militarismus als Schützer nach außen und innen nicht mehr entraten kann. Und er muß diesen Schützer nehmen, wie ihn der Kapitalismus geboren hat: nicht bloß bluttriefend, sondern auch schmutzstarrend. Rohheit, sittliche Verwilderung ist das Gegenstück des Kadavergehorsams. Je brutaler, schimpflicher der Militarismus im Namen der Disziplin den Menschen im Soldaten knechtet und entwürdigt, je rücksichtsloser er alle geistigen und sittlichen Werte der Persönlichkeit unter seine Fäuste stampft, um so mehr Spielraum gewährt er dem Männchen, der männlichen Bestie. Auch dieser Zusammenhang der Dinge läßt die Arbeiterklasse und insbesondere die proletarischen Frauen und Mütter die richtige Wertung der Lobpreisungen finden, die die Kaserne als die hohe Schule der Manneszucht und Mannestugend feiern. Die Proletarier vergessen dabei nicht, daß heute der militärische Erzieher nicht bloß in der Kaserne wirkt, daß er als pensionierter Hauptmann oder strebsamer Unteroffizier auch in der „staatsbürgerlichen Jugendbewegung“ ein neues, ausgedehntes Betätigungsfeld findet. Schützen wir durch Erziehung und Kampf unsere Söhne, unsere Kinder! Die Angiasskälle des Militarismus können nicht reingefegt, sie müssen abgebrochen werden.

Die Arbeiterin der Glasindustrie.

Ein ergiebiges Feld für die kapitalistische Ausbeutung ist die Glasindustrie, und es ist besonders die Frau, die hier in steigendem Maße ausgepreßt wird. Das haben wir bereits in letzter Nummer durch Tatsachen bewiesen. Aber das traurige Kapitel der Frauenausbeutung in der Glasindustrie ist so groß, daß wir es noch weiter aufblättern müssen.

Die Betriebe der Glasindustrie liegen fast ohne Ausnahme abseits vom Verkehr, und Arbeiter und Arbeiterinnen leiden unter der mangelhaften Schulbildung, die sie als Arme erhalten haben. Das sind Umstände, die für die Industriellen von Vorteil sind. Sie erleichtern es den Herren, die Löhne wie die übrigen Arbeitsbedingungen ganz nach Willkür fest-

zusehen. Dazu kommt, daß es für die Arbeiterinnen so gut wie ausgeschlossen ist, ein anderes Feld für ihre Erwerbsarbeit zu finden. Wenn sie verdienen wollen — und sie müssen verdienen —, so bleibt ihnen nur die Beschäftigung in der Glasindustrie. So stürzt alles die Macht der Industriellen, die Arbeiterinnen mit wahren Hungerlöhnen abzuspiesen und sie auch sonst unter Bedingungen zu beschäftigen, durch die der Profit möglichst gesteigert wird. Ist es da ein Wunder, daß die Arbeiterinnen nichts von der Wahrheit des Wortes spüren: „Segen ist der Mühe Preis?“ Der Segen ihres Mühens fließt in fremde Taschen. Ein Überangebot weiblicher Arbeitskräfte vermehrt noch die Möglichkeiten der Herren, ihren Gewinn durch Lohnrückerei recht fett werden zu lassen. Aus den ländlichen Gegenden in der Nähe der Glashütten und Glasschleifereien suchen viele Proletarierinnen in der Glasindustrie Beschäftigung.

Die Umstände, unter denen hier die kapitalistische Fron vor sich geht, sind aufreizend rückständig. Dafür einige Beispiele. In den Spiegelbeleganstalten zu Fürth in Bayern, dem Hauptsitz der Spiegelglasindustrie, herrscht eine Temperatur von nicht unter 35 Grad Celsius. Dabei ist die Luft überaus schlecht, das Lathieren der Spiegel verdirbt sie. Trotzdem fehlt es meist an der nötigen Ventilation. Die Fenster dürfen nicht geöffnet werden, denn der geringste Luftzug würde das Belegen der Spiegel beeinträchtigen. Unter solchen Umständen sind die Frauen bei ihrer schweren Arbeit nur mangelhaft bekleidet. In vielen Betrieben tragen sie nicht mehr als einen dünnen Rock und das bloße Hemd auf dem Leib. Es kann bei dieser Feststellung nicht genug darauf hingewiesen werden, daß unter den Krankheitsursachen der Glasarbeiterinnen mit an allererster Stelle die übermäßige Hitze steht, wie sie namentlich in den Beleganstalten anzutreffen ist. Bei der anstrengenden und langdauernden täglichen Arbeit in überhitzten Räumen gerät der Körper in einen fieberähnlichen Zustand. Die Kräfte werden dabei sehr schnell aufgebracht, die Nerven werden vorzeitig erschöpft. Man kann diese an Gesundheit und Leben zehrende Wirkung genau studieren, wenn man Spiegelbelegerinnen beobachtet, die nach getaner schwerer Arbeit langsam dem Heim zugehen.

Man bedenke bei alle dem, was wir über Hitze, schlechte Luft und aufreibendes Schaffen sagten, daß die Arbeitszeit lang ist. Sie beträgt 54 bis 56 Stunden in der Woche, also mindestens 9 Stunden täglich. Es heißt das Unmenschliche von dem Frauenkörper verlangen, der doch auch die Würde der Mutterschaft tragen soll, davon gar nicht zu reden, daß die Glasarbeiterinnen die Hausarbeit nicht auf Stubenmädchen und Köchin übertragen können. Diese Dinge mögen jedem einleuchten, der sie ohne Vorurteil betrachtet, nur das ausbeutende Kapital hat keine Augen dafür, es sieht nur blinkendes Gold.

Aber auch andere Gefahren als die bereits erwähnten bedrohen die Arbeiterinnen gerade in den Beleganstalten. Die Gläser müssen sehr sauber gewaschen und von einem Arbeitstisch auf den anderen gelegt werden. Sie zerbrechen leicht, und so sind größere, erhebliche Schnittwunden keine Seltenheit. Solche Verletzungen kommen um so öfter vor, als durch den vielen Wasserverbrauch der Fußboden glatt und schlüpfrig ist, so daß die Arbeiterinnen sehr leicht ausrutschen. Weht dabei ein Spiegelglas entzwei, so sind die Arbeiterinnen gezwungen, es zu begalhen, und was dann das Schändlichste ist: der Arbeiterin wird der Betrag für das ganze Glas abgezogen, während oft genug Stücke davon für kleinere Spiegel wieder verwendet werden. Die Abzüge für zerbrochene Gläser erfolgen auch dann, wenn der Arbeiterin nicht die geringste Schuld an dem Zerbrechen nachgewiesen werden kann.

In den Glasschleifereien ist es um die sanitären Arbeitsbedingungen der ausgebeuteten Frauen nicht besser bestellt als in den Beleganstalten. Die Luft ist staubig, denn auch hier mangelt es an Ventilationseinrichtungen, obgleich sich solche ohne Schädigung des Betriebs sehr leicht anbringen lassen. Lückische Lungenkrankheiten sind die Folgen davon. Sie gehen an der Kraft der Arbeiterinnen in den Schleifereien

und würgen viele blühende Leben vor der Zeit. Wie viel Elend und Schmerz ließe sich allein durch geeignete Ventilatoren bannen! Aber solche Einrichtungen kosten Geld, und Arbeiterinnenleben sind billig. Was schert den Industriellen Gesundheit und Glück, ja das Leben der ausgebeuteten Frauen? Ihm bleibt die Hauptsache, daß sein Profit wächst und wächst. Während des Winters werden die Arbeitsräume nicht genügend geheizt, so daß schon nach kurzer Zeit der Beschäftigung Rheumatismus die Arbeiterinnen befällt. Es fehlt dann an der Möglichkeit, das Leiden durch die erforderliche Behandlung zu beheben oder wenigstens beträchtlich zu mildern. Der niedrige Verdienst läßt es nicht zu Ersparnissen kommen, die bitterste Not hält bald Einkehr, wenn die Arbeitsfähigkeit abnimmt oder ganz schwindet. Es darf in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben, daß die Mehrzahl der Industriellen ganz bescheiden angefangen und es zu einem bedeutenden Vermögen gebracht haben. Diese Tatsache zeigt, was ihre Erklärung wert ist, daß sie keine höheren Löhne zahlen, keine Verbesserung der Arbeitsbedingungen gewähren können. Es ließe sich sehr wohl den schreienden Mißständen steuern, die täglich Gesundheit und Lebenskraft der Arbeiterinnen bedrohen, wenn die Industriellen nur ein Fünkchen Gefühl für die Lage der Arbeiterinnen besitzen würden.

Das vollständige Fehlen von Schutzvorrichtungen in den Betrieben der Glasindustrie sagt uns das nämliche. Die Arbeiterinnen müssen für diesen Mangel büßen. Schnittwunden kommen auch hier häufig vor. Als besonderer Umstand muß noch erwähnt werden, daß Arbeiterinnen gezwungen sind, große Lasten mit fertig geschliffenem Glas in die Paderäume zu tragen. Nicht selten brechen schwächliche Frauen und Mädchen unter dieser Last im buchstäblichsten Sinne des Wortes zusammen.

Was schon im allgemeinen von den Löhnen der Frauen in der Glasindustrie gesagt wurde, das trifft auch für die Entlohnung in den Spiegelbeleganstalten und in den Schleifereien zu. Die Arbeiterinnen verdienen hier selten mehr als 14 Mk. pro Woche, ja die meisten müssen sich mit einem Lohn von 9 bis 12 Mk. begnügen. Es werden nicht etwa feste Stundenlöhne gezahlt, sondern für alle Arbeiten sind bestimmte Akkordsätze aufgestellt. Diese Sätze sind so niedrig, daß die Arbeiterinnen ihre ganze Kraft aufbieten müssen, wenn sie nur das Allernotwendigste für den Lebensunterhalt verdienen wollen. Bei einer Firma besteht als Zugabe zu alledem ein Prämienystem, das die Arbeiterinnen zu dem höchsten Kräfteaufwand aufpeitscht.

Es ist kein Zweifel, daß die Arbeiterinnen selbst ein Teil der Schuld daran trifft, daß ihre Ausbeutung gar so hart, ihre Lage gar so traurig ist. Sie haben die Industriellen gewähren lassen, ohne sich zur Abwehr gegen die rücksichtslose Profitmacherei zusammenzuschließen. Versammlungen zu besuchen halten sie für zwecklos, sie haben noch nicht die Notwendigkeit erkannt, sich darüber zu belehren, warum sie leidend und elend sind, und ob es denn kein Mittel gebe, auch ihnen zu einer besseren Existenz zu verhelfen. Die Gewerkschaftsorganisation hat es wahrlich nicht an Arbeit und Mühe fehlen lassen, um den Arbeiterinnen der Glasindustrie die Augen zu öffnen. Ihr aufklärendes Wort hat aber diese bedauernswerten Lohnflavinnen nur in geringem Maße erreicht. Deshalb fehlt es unter diesen noch an der Einsicht, daß die Gewerkschaft ein Schutzwall gegen Ausbeutung und Not ist. Dem Glasarbeiterverband gehören nur rund tausend Arbeiterinnen an. Wären mehr Frauen und Mädchen organisiert, so ließe sich sehr wohl eine Besserung der schlechten Arbeitsbedingungen durchsetzen. Auch die politische Organisation hat sich wiederholt um die Aufklärung und die Vereinigung der Glasarbeiterinnen bemüht. Ebenfalls nur mit geringem Erfolg.

Das darf jedoch die denkenden proletarischen Männer und Frauen nicht abhalten, immer wieder aufs neue ans Werk zu gehen, um die Glasarbeiterinnen zu erwecken, um sie davon zu überzeugen, daß ihre Lage sich heben kann, wenn sie selbst ernsthaft mithelfen, sie zu heben. Immer mehr Frauen von Glasarbeitern werden gezwungen, dem Verdienst nachzugehen. Die große Verteuerung des Lebensbedarfs bewirkt, daß der

Sohn des Mannes allein immer weniger ausreicht, die Familie zu ernähren. Wir müssen also damit rechnen, daß auch in der Glasindustrie die Schar der ausgebeuteten Arbeiterinnen rasch und stark weiter wachsen wird. Und das trotz der Gefahren und Schädigungen, denen die Frauen damit preisgegeben werden! Helfen wir also unseren Schwestern in der Glasindustrie zu einem menschenwürdigen Dasein, lehren wir sie, daß sie sich selbst helfen können und sich selbst helfen müssen. Zeigen wir ihnen den Weg, der in eine lichtere Zukunft führt: die Vereinigung, die Organisation.

E. G.

Die Wittven- und Waisenfürsorge in der Praxis.

Kürzlich hat das Reichsversicherungsamt einige Berichte herausgegeben, die auch Aufschluß geben über die bisherige Durchführung der Hinterbliebenenversicherung, die am 1. Januar 1912 ins Leben getreten ist. Allerdings sind die Angaben darüber sehr spärlich. Vielleicht konnte das Amt sich dem Gefühl nicht entziehen, daß mit dieser Fürsorge wahrhaftig kein Staat zu machen ist. Man muß mühsam suchen, bis man die einschlägigen Mitteilungen entdeckt.

Es wurden im Jahre 1912 bewilligt: 3804 Wittven- und Witwenrenten, 111 Witwenkrankenrenten und 13962 Waisenrenten. Im Jahre 1913 wurden zugewilligt: 8474 Wittven- und Witwenrenten, 303 Witwenkrankenrenten und 25912 Waisenrenten. Die Witwenrenten werden nur dann bewilligt, wenn eine verstorbene Ehefrau die Ernährerin ihres hinterbliebenen invaliden Mannes war. Die Witwenrente wird nur einer dauernd erwerbsunfähigen Witwe gezahlt, und zwar sofort vom Tode des Mannes an oder vom Eintritt ihrer eigenen dauernden Invalidität. Die Witwenkrankenrente wird hingegen den nicht dauernd erwerbsunfähigen Wittwen gewährt, nachdem sie ununterbrochen während 26 Wochen invalide gewesen sind. Die Statistik macht darauf aufmerksam, daß die Zahl der Waisenrenten nach der Zahl der Waisenfamilien festgestellt worden ist, das heißt nach der Zahl der Familien, in denen es rentenberechtigte Waisen gab. Die Zahl der einzelnen anspruchsberechtigten Waisen ist etwa zweieinhalbmal so groß als die Zahl der Waisenfamilien. Eine Witwen- und Witwenrente betrug im Durchschnitt 76 Mk. 84 Pf., eine Witwenkrankenrente 77 Mk. 57 Pf. und eine Rente für einen Waisenfamilien 80 Mk. 28 Pf. Das alles pro Jahr! Es bedarf nicht erst eines Beweises, daß bei Renten von solcher „Höhe“ eine Witwe und ein Waisenfamilien verhungern müßte, wenn nicht noch andere Quellen des Unterhalts vorhanden wären. Die Gesetzgeber mögen gedacht haben: „Daß sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind.“

Natürlgemäß sind es meist betagte Frauen, die Anspruch auf den Bezug einer Witwenrente haben. Von 1000 der bewilligten Witwenrenten entfielen 137 auf die Altersklasse der Wittven von 50 bis 54 Jahren, 185 auf die von 55 bis 59 Jahren, 232 auf die von 60 bis 64 Jahren, 170 auf die von 65 bis 69 Jahren und 102 auf die von 70 und mehr Jahren. Anders ist das Verhältnis bei den Waisenrenten. Hier stellt sich das Alter des verstorbenen Ernährers zur Zeit der Rentenbewilligung wie folgt: Von 1000 Waisenrenten war in 205,7 Fällen der verstorbene Ernährere 35 bis 39 Jahre alt, in 221,8 Fällen 40 bis 44 Jahre, in 185,4 Fällen 45 bis 49 Jahre, in 130,9 Fällen 50 bis 54 Jahre usw.

Das „Witwengeld“ ist eine einmalige Abfindung an diejenigen Wittven, die noch nicht erwerbsunfähig sind und daher noch keine Rente bekommen, die aber selbst für ihre Person Beiträge bezahlt haben. Im Jahre 1912 wurde das Witwengeld 4120 mal, im Jahre 1913 jedoch 8082 mal gewährt. Der durchschnittliche Betrag eines solchen Witwengeldes beträgt 75 Mk. 58 Pf. Die „Waisenaussteuer“ ist eine einmalige Abfindung an die Waisen, die das 15. Lebensjahr überschreiten, wenn die Mutter bis dahin die Beiträge richtig bezahlt hat. Es wurde 1912 nicht mehr als 109 mal, 1913 aber 460 mal ge-

währt. Die einmalige Auszahlung des Witwengeldes und der Waisenaussteuer sind eingeführt worden als Ersatz für die frühere Beitragsrückerstattung im Todes- und Heiratsfall. Noch im Jahre 1911 waren 193644 solcher Rückerstattungen von Beiträgen erfolgt. Man kann an den mitgeteilten Ziffern ermessen, wie häufig der eingeführte „Ersatz“ ist.

Daß die neue sogenannte Fürsorge für Wittven und Waisen blutwenig Aufwendungen erfordert hat, versteht sich im deutschen Reiche von selbst. Im Jahre 1912 wurden verausgabt: Für Witwenrenten 163450 Mk., für Witwenkrankenrenten 3812 Mk., für Waisenrenten 628943 Mk., für Witwengeld 296654 Mk. und für Waisenaussteuer 2341 Mk. Das ist zusammen etwa eine Million Mark. Für das Jahr 1913 sind die Ausgaben noch nicht genau angegeben, doch steht soviel fest, daß sie 3/4 Millionen Mark nicht überschreiten werden. Dabei ist zu beachten, daß diese Beträge nicht allein von den Versicherungsanstalten aufgebracht werden müssen. Der „Reichszuschuß“ ist da, und er ist danach. Er stellt sich für jede Witwenrente und jedes Witwengeld auf 50 Mk., für jede Waisenrente auf 25 Mk. und für jede Waisenaussteuer auf 16 2/3 Mk. „Fürstliche“ Zuschüsse, zumal wenn man an die Erhöhung von Zivillisten und die Millionen denkt, die für den Militarismus vergeudet werden.

Unter Berufung auf die Hinterbliebenenfürsorge sind bekanntlich die Invalidenversicherungsbeiträge erhöht worden. Die Folge davon ist eine jährliche Mehreinnahme von 80 Millionen Mark. Wie schon erwähnt, ist die Rückerstattung der Beiträge in Heirats- und Todesfällen abgeschafft worden. Dadurch werden jährlich 11 Millionen Mark erspart. Von den Versicherungsanstalten sind in der Folge für das Jahr 1913 rund 90 Millionen Mark mehr vereinnahmt worden. Die Mehrausgabe für die neue Fürsorge betrug aber etwa 2 1/2 Millionen Mark. Ein gutes Geschäft! Man kommt jetzt langsam dahinter, daß bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung mit irreführenden Zahlen über die vermeintliche Belastung durch den neuen Versicherungszweig gerechnet worden ist. Die Zahl der zu erwartenden Renten ist weit überschätzt worden, wie dies die Sozialdemokratie ganz richtig behauptete. Um so mehr müßten sich Regierung und Reichstag beeilen, durch eine Gesetzesänderung die lärglichen Renten aufzubessern.

Aber die Hinterbliebenenversicherung in der Praxis wäre noch viel zu sagen. Schon die gesetzlichen Bestimmungen darüber sind in einem so geschraubten Deutsch gehalten, daß der einfache Proletarier sie nicht versteht. Aber alle die Formulare usw., die von den Versicherungsanstalten im Zusammenhang mit der neuen Einrichtung eingeführt wurden, sind erst recht verwickelt und schwer verständlich. Die Rentenbewerber können sich in den seltensten Fällen in dem zurechtfinden, was ihnen da mitgeteilt wird. Da sind zum Beispiel die „Rentenanwartsbescheide“, in denen die Rente zunächst nur berechnet, aber noch nicht bewilligt wird. Sie erwecken durchaus den Eindruck, als könnte die Rente schon abgehoben werden. Das kann jedoch erst geschehen, wenn die Witwe möglicherweise einmal invalid im Sinne des Gesetzes werden sollte. Irrtum können auch die Formulare hervorrufen, die das Witwengeld festsetzen. Sie sehen so aus, als handle es sich um eine laufende Rente.

Um die Rente selbst ist ein wahrer Kampf zu führen. Das geht aus den nachfolgenden Ziffern hervor. Im Jahre 1913 wurden 21231 Anträge auf Witwenrente gestellt. Nur in 8762 Fällen davon wurde die Rente bewilligt, also nur in 41,3 Prozent. In der Regel galt das Hauptfordernis nicht als nachgewiesen, nämlich die Invalidität der Wittve. In einem solchen Falle gibt es als Trost den schon erwähnten Anwartschaftsbescheid. Anträge auf Waisenrente wurden 28174 gestellt, von denen 26031 als berechtigt anerkannt wurden. Hier ist die Bewilligung nur an den Nachweis gebunden, daß der Verstorbene die Wartezeit zur Invalidenrente erfüllt hat und die Kinder das 15. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. In 2144 Fällen wurde gegen die verweigerte Wittven- und

Waisenrente das Oberversicherungsamt angerufen, das für solche Streitfälle zuständig ist. Die Berufung hatte nur in etwa 15 Prozent der Fälle einen Erfolg. Gegen die abweisenden Urteile wurde in 376 Hinterbliebenenstreitfällen das Reichsversicherungsamt auf dem Wege der „Revision“ angerufen. Dieses Rechtsmittel hatte aber auch nur in etwa 15 Prozent der Fälle einen Erfolg für die Kläger.

Die Zahlen erweisen, daß die gegenwärtige Durchführung der Hinterbliebenenfürsorge auf keinen Fall lange dauern kann und darf. Die Versicherten würden sonst weit schlimmer benachteiligt als bei der niederträchtigsten und rückständigsten Privatversicherungs-Gesellschaft. Es gehört mit zu den Aufgaben der proletarischen Frauenbewegung, gegen die Unzulänglichkeiten der Witwen- und Waisenfürsorge anzukämpfen. Die Mittel zu ausreichender Fürsorge sind da, an was es aber fehlt, das ist der gute Wille der Regierung und der bürgerlichen Parteien.

F. Kl.

A demi mort . . . Halb tot.

Wie die Pariser Damen 1871 zu einer neuen Modefarbe kamen.

Die Kommune ist tot. Das Pariser Pflaster ist blutgetränkt. Der Frühling blüht Blut. . . Überall Blut. In den Gassen, in den Kirchen, an den Mauern, an den Häusern — jedes Gäßchen ist mit Blut betaut, mit Menschenblut. In der Seine treibt ein breiter roter Streifen. Ein Blutstreifen zieht zum Meere.

Wie Schlachtvieh werden Männer, Frauen und Kinder zusammengetrieben, verhöhnt, gelästert, geschlagen, gemartert von den übermütigen Siegern. Im Luxemburg und an anderen Plätzen haben die Versailer gewaltige Gruben geschaufelt und sie mit ungelöschtem Kalk gefüllt. An diese Gruben werden die Aufständigen geführt: ein Pelotonfeuer knattert, und der Kalktrahen frißt die sinkenden Menschenleiber . . . frißt Tote und Verwundete. . .

Auf zwanzigtausend Menschen werden die Opfer geschätzt, die für die Freiheit, die der Rache der Versailer fielen. Der weiße Schrecken geht um. Die Bourgeoisie, die sich feig vertrocken hatte, tanzt in ausgelassener Freude um die Gefangenen, die Gemordeten. Pissagaray erzählt in seiner Geschichte der Kommune: „Der in Seide gehüllte Pöbel lief den Gefangenen nach, jauchzte den Gendarmen zu, welche die Züge führten (auf dem Boulevard des Italiens küßten ‚Damen‘ die Stiefel der Reiter), und jubelten beim Anblick der blutigen Möbelwagen. Ausgelassene, elegante ‚Damen‘ machten sich ein Vergnügen daraus, die Leichen zu betrachten, und hoben mit ihren Sonnenschirmen die letzte Bekleidung der tapferen Toten, um sich daran zu ergötzen.“

Es ist Frühling, die letzte Matwoche. Für immer heißt sie in der Geschichte der französischen Arbeiterklasse „die blutige Woche“. Es ist Pfingsten, blutiges Pfingsten. . . Die Pariserinnen tragen Kleider aus aschgrauer Seide. A demi mort — halb tot — nennen sie die neue Modefarbe. Wie kamen sie zu dem schauerlichen Namen? Ein bürgerliches Blatt jener Zeit erzählt darüber folgendes:

Die Ordnungsbefehle hatten gewütet und gemordet. Sie wateten im Blut. Aber das ewige Stechen und Schießen wurde auf die Dauer zu langweilig. Die mordende Soldateska sann auf Abwechslung. Die „Retter Frankreichs“ waren überfättigt wie Tiger, die wollüstig Halswirbel zertrachten, sie konnten nicht mehr. Da griffen sie von den Überlebenden die „Verdächtigen“ heraus und zerrien sie aufs Pflaster. Aber sie schlugen sie nur halb tot — a demi mort — und zogen dann brüllend ab. Bei den zuckenden Menschenleibern liebten sie eine Wache zurück, bis der harmherzige Tod den Jammer endigte.

So sind die Damen der Pariser Welt und Halbwelt 1871 zu ihrer Pfingstmode gekommen — a demi mort — aschgraue Seide. Und die Herrschenden und Genießenden bleiben sich gleich. Als unten auf dem Balkan die Granaten Menschenfleisch fraßen, kamen bei uns die — Bulgarentragen auf. Noch heute tragen die Könige Purpurmäntel, gefärbt mit unserer Väter und unserem eigenen Blut. . .

Max Barthel.

Die internationale Friedensdemonstration der Genossinnen in Berlin. (Schluß.)

Genossin B o s c h e t - Wien, Vertreterin der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen Österreichs:

Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich erinnere Sie an die furchtbaren Heimtückungen der Völker Österreichs, an all das schwere Leid, das heraufbeschworen wurde durch die verhängnisvolle Annexions- und Mobilisierungspolitik der „gottverlassenen“ Minister. Die „vaterlandslosen“ Sozialdemokraten aber sind die Vorkämpfer des Weltfriedens und der Völkerwohlfahrt. Der Völkerbrüderung soll der Internationale Kongress in Wien dienen und dem Schutze unserer Arbeitsbrüder, die daheim kein Drol mehr finden und über die Grenze hinaus in die Fremde ziehen müssen. Es wird dereinst der Tag kommen, wo keine Nacht stark genug sein wird, das Proletariat zum Brudermord zu zwingen — der Tag, wo die Arbeiter, zum internationalen Bunde geeinigt, in so fester Treue und Liebe zusammenhalten werden, daß niemand mehr wagen darf, sie zu einem Brudermord zu gebrauchen.

Genossin P o p p - Wien, Vertreterin der politisch organisierten Genossinnen Österreichs:

Werle Genossinnen und Genossen! Niemand kann aufrichtiger, niemand kann sehntlicher die Erhaltung des Friedens wünschen als die Arbeiterinnen, die Arbeiterfrauen. Niemand wird durch eine Mobilmachung, durch einen Krieg schwerer getroffen als die Proletarierinnen. Opfer über Opfer haben die Herrschenden und Regierenden über die Arbeiterklasse in Österreich verhängt in den Jahren der Einkerleibung Bosniens und des Balkankriegs. Man frage nur einmal die Proletarierinnen, was sie mit den Jhrigen erduldet haben, als die Mobilisierung Gatten, Väter, Brüder an die Grenze zwang, als von dort Nachrichten über Nachrichten einliefen, die Entbehrungen, Strapazen, Krankheit, Tod meldeten. Und dann die Stockung des Wirtschaftslebens infolge des Krieges! Welcher Jammer kam nicht mit den geschlossenen Fabriken, mit ausfallendem oder geringerem Verdienst. In Österreich wußten die Besizhenden und Regierenden die Niefenmittel, die der Militarismus forderte, herbeizuschaffen. Als man aber von ihnen Linderung der Not, die Arbeitslosenfürsorge forderte, da schwiegen sie oder lehnten unsere Forderungen ab. Und dann rüsteten sie von neuem zu Wasser und zu Lande. Arm ist unser Österreich, rückständig und unentwickelt, es hat noch immer nicht die seit Jahren versprochene Sozialversicherung — aber neue Kriegsschiffe! Dafür haben die Herrschenden immer Geld! Alles wird zugunsten des Militarismus besteuert bis auf die Luft in den Wohnungen. Kein Geld für Greise und Glende, aber Rüstungen und Mobilisierungen für die neue Monarchie Albanien, für das „die Völker kräftigende Stahlbad der Kriege“!

Nach dem Baseler Friedenskongress hat man uns als „Vaterlandslose“ und „Hochverräter“ an den Pranger gestellt. Am liebsten hätte man uns sogleich eingesperrt. Freilich jetzt, wo die Bilanz gezogen wird, wo die ruinierten Existenzen, die neuen Staatsschulden und Steuern austauschen — jetzt beginnt mancher, nachdenklich zu werden, der damals patriotisch schrie. Die Regierung hat Vorkehrungen gegen die Auswanderung getroffen; sie hat die Grenzen sperren lassen. Keinen einzigen will sie missen, der einstmal die Grenzen verteidigen könnte. Aber gleichzeitig läßt sie die Unglücklichen, die von diesem Auswanderungsverbot getroffen werden, hungernd in den Grenzstationen liegen. Für den Kriegsdienst behält man einen jeden zurück; aber man rührt keinen Finger, wo es gilt, ihn vor dem nackten Hunger zu schützen!

Wie tief leiden wir allüberall unter dem heute herrschenden System. Denken Sie an die entsetzlichen Bilder aus dem Balkankrieg, an die Toten, an die Zehntausende von Krüppeln, an die Unzähligen, die infolge der Kriegsgreuel vom Wahnsinn gepackt wurden!

Arbeiten wir, jeder in seinem Volke, daß unsere Heimat ein Vaterland werde für das Volk! Arbeiten wir dafür, daß nicht länger die Dreieinigkeitskapitalismus, Militarismus und Klerikalismus herrsche, sondern der Sozialismus und die Völkerbrüderung. Das ist unsere Pflicht, unsere Verantwortung für die Welt und ihre Zukunft, die dankbar ihrer Vorkämpfer gedenken wird. Im August, in Wien werden die Vertreter der Klassenbewußten Proletarier aller Länder diese herrlichen Gedanken aufs neue hinausrufen, um die Ausgebeuteten zu erwecken und zum Kampfe für die höchsten Ideale zu sammeln. Auch die Vertreterinnen der sozialistischen Frauen- und Arbeiterinnenorganisationen werden dann in Wien ihre Tagung haben. Die österreichischen Genossinnen sehen all diesen Beratungen aufs freudigste entgegen. Wie die Sozialistinnen der anderen Länder sind sie mit ganzer Seele bei dem großen gemeinsamen Werk der proletari-

schen Internationale, bei Arbeit und Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse, für die Völkerverbrüderung!

Die Vertreterin organisierter Arbeiterinnen Rußlands schrieb: Werte Anwesende! Es wäre mir ein besonderes Glück gewesen, Ihnen persönlich die Grüße der russischen Genossen und Genossinnen zu überbringen, Ihnen zu verkünden, daß die ganze Klassenbewußte Armee des russischen Proletariats, Männer und Frauen, bereit ist, gegen die verhaßten Greuel des Krieges zu protestieren. Aber Sie wissen auch, Genossen und Genossinnen, daß die freundschaftlichen Beziehungen von Deutschland nach Rußland nicht nur im Proletariat bestehen, sondern auch... Es sind zu viele Zuhörer in diesem Saale, die im Privatleben Polizeiuniform tragen. Ich kenne sie hinreichend von Rußland her und möchte die Bekanntheit mit ihnen nicht hier in Deutschland fortsetzen müssen.

Die Genossinnen, die heute zu Ihnen reden, werden schon hinreichend von den Lasten des Militarismus sprechen, von den vielen Millionen, die alljährlich in allen Ländern für die stehenden Heere und für den Krieg aufgewendet werden, und die aus den Taschen derjenigen kommen, die am stärksten unter den Folgen des Krieges zu leiden haben. Man macht uns Frauen immer den Vorwurf, daß wir für die großen politischen Fragen des Militarismus, der Flottenpolitik keinen Sinn und kein Verständnis haben. Das kann ich widerlegen, ich, die aus einem Lande komme, das erst kürzlich alle Folgen des für Rußland so überaus „siegreichen“ Russisch-Japanischen Krieges hat über sich ergehen lassen müssen. Es gibt keine Worte, mit denen man die Greuel, die Qualen, die physischen und moralischen Zerstörungen schildern könnte, die die Frauen während des Krieges erdulden mußten. Es ist ein blutiger, böser Traum, den man in Jahren nicht, den man vielleicht niemals vergessen kann.

Genossen und Genossinnen, könnt Ihr Euch diese langen, langen Stunden der Erwartung vorstellen, wenn Telegramme einlaufen: soundso viele Schiffe sind untergegangen? In einer Schlacht sind soundso viele Tausende gefallen? Die Mütter, die Frauen, die Geliebten, die Kinder warten sehnsüchtig auf eine Nachricht. Und die Stunden vergehen und bleiben leer. Nun ist keine Hoffnung mehr vorhanden. Dann kommen doch einige der Erwarteten zurück. Aber Tausende von blühenden jungen Männern sind Krüppel geworden, andere Tausende sind dem Wahnsinn verfallen. Und im Angesicht solchen Geschehens darf man uns Frauen zuherrschen, daß wir kein Interesse an der Friedensfrage nehmen sollen!

Sie ist ja eine Lebensfrage für jede Mutter, für jede liebende Frau! Genossen und Genossinnen, es war ja gerade der Russisch-Japanische Krieg, der so viele russische Frauen veranlaßt hat, an der russischen Revolution aktiven Anteil zu nehmen! Es war wie ein Schleier, der von den Augen so vieler gedankenlosen und gleichgültigen Frauen weggezogen wurde, als eine Regierung all diese Schrecknisse auf ihr eigenes Volk herabbeschwor! Mit so einer Regierung mußte ein Ende gemacht werden!

Und jetzt, jetzt will man Rußland und Deutschland gegeneinander heßen! Die Großgrundbesitzer der beiden Nationen, die Kapitalisten, die Ausbeuter können sich nicht verständigen! Drohende Auseinandersetzungen schweben wegen Zollfragen! Deutsche Genossinnen, seid Ihr gesonnen, Eure Söhne und Gatten diesem Zollstreit zum Opfer zu bringen? Ja, der russischen Regierung würde ein Krieg zu dieser Zeit vielleicht gerade passen; die Arbeiterbewegung wird zu stark, sie gewinnt an Boden, sie bildet einen Mittelpunkt des gesamten russischen politischen Lebens, dagegen könnte der Chauvinismus helfen!

Aber dazu sind wir bewußten Genossen und Genossinnen da, um mit offenen Augen das Gewebe der verbrecherischen Treibereien zu durchschauen. Gegen den engherzigen Nationalismus der herrschenden Klassen hat die Sozialdemokratie auch ihre Waffen! Das ist die wachsende Solidarität der Internationale! Es ist nicht das erste Mal, daß die Proklamation dieser Solidarität den Weltkrieg verhindern kann! Denkt an die Marokkoaffäre 1911, an die Stellungnahme der Arbeiterinternationale während der Balkanwirren! Aber damit die Solidarität zu einer größeren Macht, zu einer siegreichen Waffe werde, brauchen wir die Frauen! Ihr Frauen könnt es verhindern, daß Eure Kinder dem militaristischen Wesen anhängen! Und wenn Ihr aus Euren Kindern Kämpfer und Helden machen wollt, so laßt sie Helden der roten Armee werden!

Zum Schluß noch ein paar Worte über das Land, aus dem ich Euch einen Gruß bringen soll. Ihr hört nur immer von den Greueln in Rußland, von den überfüllten Gefängnissen, von dem Märtyrertum Tausender Männer und Frauen. Heute aber will ich Euch eine freudige Botschaft mitteilen: Die Reaktion war ohnmächtig, um die Flamme der Empörung zu ersticken! Die Arbeiterbewegung steht kräftig und entschlossen vor uns wie noch nie zuvor!

Wir haben unsere Arbeiterorganisationen, unsere Presse, wir haben großartige imposante Massenbewegungen. Und zurzeit, Genossinnen, haben wir die Anfänge einer richtigen proletarischen Frauenorganisation. Die ersten Frauenzeitschriften sind in Rußland erschienen, der Frauentag wurde ungeachtet aller Polizeischikanen zu einem politischen Fest. Man rüstet sich zu weiteren Kämpfen. Aber gerade jetzt in diesem kritischen Augenblick des Aufschwunges ist uns Eure Sympathie und Euer Interesse am nötigsten. Die Kriegsdrohungen, die uns von oben entgegenkommen, müssen wir von unten beantworten mit dem Protest der starken brüderlichen Solidarität. Denn Genossen und Genossinnen, vergessen Sie nicht: nur dann wird es einem jungen Herrn unmöglich werden, „Nur feste druff!“ zu telegraphieren, wenn in Rußland die reaktionäre Politik des „Nur feste druff!“ für immer aufhören muß. Und dazu, Genossen und Genossinnen, wollen wir von unten nur feste druff antworten: Hoch die Internationale!

Adresse der sozialistischen Frauen Schwedens an die Friedensdemonstrationsversammlung in Berlin am 21. April 1914:

Mit Stolz und Freude senden die sozialistischen Frauen Schwedens den kämpfenden Genossinnen einen Gruß. Kriegsrüstungen in allen Ländern ringsumher! Vielleicht meint deshalb gar mancher, daß der Krieg näher bevorstehe als je, und daß demnach der Glaube an die Möglichkeit eines dauernden Friedens unter den Völkern eine größere Utopie sei, als es jemals zuvor gewesen ist. Und dennoch hat der Friedensgedanke im Norden immer tiefere und tiefere Wurzeln im Herzen des Volkes geschlagen!

Mit dem Jahre 1914 sind hundert Jahre des Friedens zwischen den Völkern der skandinavischen Halbinsel verfloßen. Das Schicksal der Schweden und Norweger ist in der Union der beiden Länder politisch aneinander gekettet gewesen, und Seite an Seite sind die beiden Völker in friedlichem Wettbewerb, in eifriger Arbeit zusammengestanden. Sie haben der Welt sogar gezeigt, daß ein Streit auf dem Wege friedlicher Verständigung gelöst werden kann. Die beiden Völker gehen heute nun getrennte Wege und wirken nicht mehr in derselben Weise wie ehemals zusammen, aber die Liebe zum Frieden wird zu allen Zeiten für das arbeitende Volk die neue Union sein, die mit starken Banden nicht nur die nordischen, sondern die Völker aller Länder vereint.

Um die Erinnerung an die Freiheit und den Frieden dieser hundert Jahre lebendig zu erhalten, werden die für Freiheit und Verbrüderung wirkenden Völker der Schweden und Norweger im Sommer 1914 an der Grenze ihrer Länder zusammentreffen, um daselbst gemeinsam den verfloßenen Jahren ein Denkmal zu setzen. Es wird den künftigen Geschlechtern stets den Friedenswunsch des Volkes vor Augen führen, und was die Friedensfreunde des Nordens begonnen haben, wird — das ist unsere feste Überzeugung — der Sozialismus vollenden.

Möge das Friedensdenkmal, das die Völker Schwedens und Norwegens zur Erinnerung an einen hundertjährigen Frieden errichten, nicht als der Abschluß einer vergangenen Zeit angesehen werden. Wir haben mit diesem unserem Gruß den Genossinnen die Botschaft senden wollen, daß das Friedensdenkmal für uns eine neue Zeit prophezeit. Eine Zeit, wo alle Völker der Erde vorwärtsstreiten, dem höchsten Ziele entgegen: dem Menschenrecht für alle. Gleichzeitig sprechen wir die Versicherung aus, daß die organisierten Männer und Frauen der größeren Länder sich im besonderen verpflichtet fühlen, ihr Veto einzulegen gegen jede Eroberungs- und Unterjochungspolitik von seiten der Machthaber der Großstaaten, gegen jede Tendenz, die zum Kriege führen könnte.

Auf zum Kampfe für den Weltfrieden und die internationale Solidarität. Anna Lindhagen, Stockholm.

Gruß der sozialistischen Frauen aus Finnland:

Gruß Euch, Genossinnen in Berlin! Recht so, Ihr seid zusammengelommen, um Eurem Protest demonstrativ Ausdruck zu verleihen gegen die Knechtung und Erniedrigung der Völker und des Proletariats im besonderen, die in allen Ländern mit dem Siegeszuge des Kapitalismus einhergeht. Ihr seid Angehörige einer großen Nation, Bürger eines der mächtigsten Staaten Europas. Ihr fühlt Euch aber dennoch unbefriedigt, unzufrieden. Kann es anders sein? Ihr empfindet ja, daß die Errungenschaften der Kultur, die Früchte der Wissenschaft, die lauterer Freuden des Daseins Euch unerreichbar sind, daß Ihr wie durch eine unübersteigbare Mauer davon abgesperrt seid. Ihr entbehrt selbst das Nötigste, was Euch das Leben auch nur einigermaßen lebenswert machen könnte.

Es ist Euch nicht möglich, Euch nach des Tages Mühen wohlthuender, erquickender Erholung hinzugeben, um für den folgenden Tag neue Kräfte zu sammeln. Es bleibt Euch der Genuß des Schönen in der Natur und im Menschen, der Genuß der Wissenschaften und der Künste mehr oder weniger ver sagt. Es fehlt Euch selbst an der

Zeit, um Euch an dem stillen Glück des Familienlebens zu erfreuen, Ihr müßt die Behaglichkeit und den Schutz eines traulichen Heims entbehren. Noch bevor Ihr aufgehört habt, Kinder zu sein, werdet Ihr in den harten Lebenskampf gestochen, und anstatt einer fröhlichen Jugend lernt Ihr nur ein trauriges Dasein ohne Freude, ohne Wärme, ohne Farbe kennen.

Genossinnen! So ist Euer Leben in Berlin, so ist unser Leben in Finnland, so ist das Leben in Rußland, so ist es überall, wo der Mensch durch den Menschen ausgebeutet wird.

Aber niemandem von den Mächtigen fällt es ein, daran zu denken. Wir haben weder von den Gewalten der Kirche, noch des Staates Hilfe zu gewärtigen, dagegen aber nur noch mehr Lasten. Den letzten Tropfen Kraft pressen die Kapitalisten uns aus, den letzten Groschen raubt uns der Staat zu Rüstungszwecken, während die Kirche zu allem ihren Segen gibt. „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein!“

Genossinnen! Auch die finnischen Proletarierinnen verstehen es sehr wohl, was die Zeit von ihnen fordert. Wir stellen uns mit Euch in Reib' und Glied, warm drücken wir Euch die Hände, um Euch die Solidarität des Proletariats aller Länder zu bekunden, jene Solidarität, die uns aufs innigste mit Euch verbindet.

Recht so, Ihr sozialistischen Frauen aller Länder, die Ihr zum Protest gegen den Krieg zusammengekommen seid. Vorwärts unter dem Banner des klassenbewußten Proletariats! Möge die frohe Botschaft des Sozialismus zu allen dringen, „die da arbeiten und leidtragen“. Diese Botschaft bedeutet die Befreiung der Menschheit und auch die Befreiung des gedrücktesten Teiles davon: die Befreiung der Proletarierinnen!

Mit sozialistischem Gruß von den finnischen Proletarierinnen
Silja Pärssinen, Helsingfors, Landtagsabgeordnete.

Brief der Pariser Frauengruppe der sozialistischen Partei Frankreichs:

Unsere junge Gruppe kann zu unserem großen Bedauern keine Vertreterin zu Eurer internationalen Friedenskundgebung in Berlin entsenden. Jedoch liegt es uns am Herzen, unserer vollständigen Solidarität mit den zusammengekommenen Genossinnen verschiedener Länder Ausdruck zu verleihen.

Unsere Gruppe schickt Euch allen unseren brüderlichen Gruß und die Versicherung, daß sie den besten Teil ihrer Tätigkeit dem Kampfe gegen den Krieg widmen wird, einem Kampfe, der mit Kraft nur durch das Proletariat aller Länder geführt wird, das sich als Klassenpartei organisiert. — Euch, liebe Genossinnen, und den Genossinnen aller Länder unsere sozialistischen Grüße.

Louise Saumoneau, Paris, Schriftführerin.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Im Anschluß an die Frauenkonferenz des Bezirks Hannover fanden daselbst im Februar 38 Versammlungen statt, die sich hauptsächlich an die Frauen wendeten. Genossin Demning-Verlin sprach in Selze, Wehrden, Eggersdorf, Müllingen, Springe, Minden, Hameln, Klaustral, Salzgitter, Dillutter, Zimmer, Döhren, Misburg, Buchholz, Bahrenwald, Gleibingen, Celle, Burgdorf, Uelzen. In Hannoversch-Minden, Lauterberg, Barbis, Goslar, Wunsdorf, Vadenstädt, Alfeld, Göttingen, Einbed, Herrenhausen, Saarstedt, Osterode, Herzberg, Hetensen, Uslar, Osnabrück und Borort, Bramsche, Quakenbrück sprach Genossin Eifinger-Mainz. Beide behandelten das Thema: „Die Frau im wirtschaftlichen und politischen Kampfe“. Ein Teil der Versammlungen war gut, ein Teil jedoch schlecht besucht. Die Agitation führte der Sozialdemokratie 517 weibliche und eine Anzahl männlicher Mitglieder zu, sie brachte Abonnenten für die „Gleichheit“ und den „Volkswillen“. Dieser bemerkenswerte Erfolg ist mit auf Rechnung der vorausgegangenen Konferenz zu setzen, die den Genossinnen Anregung, Ermutigung und praktische Ratschläge gegeben hatte. Diese Tatsache müßte alle Bezirke veranlassen, Frauenkonferenzen abzuhalten.

Fast in allen Orten hatten Frauen die Handzettel verteilt, gehörten dem Bureau der Versammlungen an und betätigten sich durch das Austeilen der Aufnahmescheine. Wo es an geschulten Genossinnen fehlte, gingen die Referentinnen selbst mit durch die Reihen, um neue Mitglieder zu werben. Was gute Vorbereitung der Versammlungen bedeutet, erwies der Erfolg unserer Agitation in Döhren, Misburg, Buchholz, Bahrenwald. Nach dem vorzüglichen Referat der Genossin Demning sprachen hier die Genossinnen Evert und Bremer in der Diskussion. In diesen vier Versammlungen wurden allein über hundert Mitglieder für die Partei gewonnen. Ebenföglig vorbereitet waren die

Versammlungen in Hannoversch-Minden, Saarstedt, Goslar, Einbed, Osnabrück, wo die Unterzeichnete referierte. Auch hier durften wir dank der Mithilfe tätiger Genossinnen einen Gewinn von über hundert Mitgliedern buchen. In Osnabrück sprach außer dem Versammlungsleiter noch unsere Vertrauensperson, Genossin Prante, in den Debatten. Die dortige noch junge Organisation berechtigt zu den besten Hoffnungen. Die Mindener Versammlung war eine wahre Kundgebung für die Partei. In Hameln leitete der Frauenchor mit einem herrlichen Lied die Veranstaltung ein.

Nicht mangelndes Interesse war die Ursache, daß mancherorts der Versammlungsbesuch gering war, sondern die rege Gegenagitation der katholischen und protestantischen Pfarrer. Witterabende, Strikabende, Versammlungen, alles mögliche wurde veranstaltet, um die Frauen uns fernzuhalten. Der Terrorismus unserer Gegner, besonders auf dem Lande, tat ein übriges. Daß trotz allem die Frauen zu erwachen beginnen, dafür sorgen die Zustände. Es springt einem geradezu in die Augen, wie belastet und gedrückt die Frauen des werttätigen Volkes in der Gegend sind. Sie spüren wahrhaftig nichts von den herrlichen Zeiten, denen Kaiser Wilhelm II. uns entgegenzuführen versprach. Ihr Los ist Armut, Unterernährung und Sorge bei ausfängender Erwerbsarbeit und hartem Mühen in der Familie. In den herrlichsten Harzstädtchen gehen die Frauen in Scharen zur Fabrik oder sie schuften in der Heimindustrie, indem sie Stühle flechten, Zigarren machen, Näharbeiten übernehmen usw. Das Heim wird zur Arbeitsstätte auch für die Kinder. O bester aller Welten! Ein bitteres Gefühl steigt einem auf, wenn man sieht, wie eine Mutter sich für ein paar Mark pro Woche in ihrem armseligen Heim plagt. Wie hörten wir doch? „Die Frau gehört ins Haus.“ Eindringlich reden die Lebensverhältnisse der proletarischen Frauen davon, wie not ihnen das Wahlrecht tut.

Es scheint, als ob die hohe Obrigkeit die beiden Referentinnen zu denen zählte, die den Staat am Lebensnerv treffen wollen. Sie hatte für außerordentlich scharfe Überwachung gesorgt. Die Verhör wollte nachforschen, ob ein Beispiel auf Wahrheit beruhe, das Genossin Demning von der Heimarbeit angeführt hatte. Die Polizei besetzte die Begleiterin unserer Genossin mit einem Besuch. Der Unterzeichneten wurde die Aufmerksamkeit zuteil, daß ein Geheimpolizist das Referat stenographierte. Wachtmeister und Schuhmann fehlten in keiner Versammlung. Der Frauen Erwachen bringt uns dem Siege näher. Das wissen die Gegner, aber das wissen auch wir. Deshalb lassen wir uns durch die Feinde bei unserer Aufklärungsarbeit unter den Proletarierinnen nicht bange machen. Wenn unter den Frauen die Erkenntnis reift, daß man ihnen raubt, was man dem Tiere läßt: die Mutterfreude, so wird jede Mutter im arbeitenden Volke, Vertreterin des werdenden, alles und alle bekämpfen, die die Frucht ihres Leibes dem Militarismus und Kapitalismus opfern wollen. Die Frauen des Volkes werden sich gegen die Barbaren und Verbrecher wenden, die durch Ausbeutung und Knechtschaft der Mutter das Recht zum Gebären streitig machen und sie zur Lebensverneinung zwingen.

Die leitenden Genossen und Genossinnen in Hannover haben die Aufgabe, den Erfolg der Versammlungen festzuhalten. Durch Leses- und Diskussionsabende, Vorträge, rege Mitarbeit bei Wahlen usw. müssen die neugewonnenen Mitglieder an die Organisation gefesselt, müssen sie geschult werden. Es steht zu hoffen, daß die ausgestreute Saat auf guten Boden gefallen ist und reiche Früchte tragen wird.

In Stelle der ausgewiesenen Genossin Walabanoff-Mailand sprach die Unterzeichnete zum Frauentag in Wiesbaden. Sicher wäre die Stadt in Feuer und Rauch ausgegangen, wenn Genossin Walabanoff gesprochen hätte! Vor der Gefahr mußte sich das gasfreundliche Preußen-Deutschland hüten. Außerdem lag Deutschland daran, dem Ausland etwas zu lachen zu geben. Die schönste Rede hätte keinen größeren Erfolg gehabt als diese Polizeimahregel.

Loni Eifinger, Mainz.
Zwei Versammlungen mit Genossin Popp-Wien als Referentin fanden Ende April in Breslau und Piesnitz statt. Damit die Polizei unseren Gast nicht von vornherein mit einem Redeverbot oder gar mit der Ausweisung bedachte, war nicht Genossin Popp, sondern Genossin Zieg als Rednerin angezeigt worden. In Schlesien, ganz besonders aber in Breslau muß man ja stets mit Überraschungen durch die Behörden rechnen. Dieses Mal war jedoch die Vorsicht überflüssig gewesen. Genossin Popp konnte ungestört in beiden Versammlungen unter dem rauschenden Beifall der Anwesenden reden. Die Versammlung in Breslau war überfüllt. Die Massen — darunter viele Bürgerliche — waren zum Teil durch das Thema angelockt worden: „Gegen den staatlichen Gebär-

zwang", über das nach der Ankündigung Genossin Zieg reden sollte. Es war deren Absicht, nur dann zu sprechen, wenn Genossin Popp den amtlichen Maulkorb bekäme. Allein die leitenden Genossinnen wußten genau, daß sehr viele Versammlungsbesucher nur gekommen waren, um Genossin Zieg gerade über das angegebene Thema reden zu hören. So blieb dieser nichts übrig, als es zu behandeln, nachdem Genossin Popp ihren Vortrag beendet hatte. Die Zuhörerschaft blieb vollzählig bis zum Schluß der recht lange dauernden Versammlung. Und das will etwas bedeuten bei dem Andrang, der Hitze und der unerträglich gewordenen Luft. Viele mußten von Anfang bis zu Ende stehen, einige Frauen wurden ohnmächtig hinausgetragen. Leider waren manche Anwesenden von den Ausführungen unserer Genossin Zieg enttäuscht. Das war jedoch nicht etwa deren Schuld, sondern die Schuld derjenigen, die absolut den Gebärstreik durch unsere Partei proklamiert wissen wollen, und die die Geburtenbeschränkung als Allheilmittel ansehen, um die Lage der Arbeiterklasse zu heben. So trat nicht nur ein Diskussionsredner in der Versammlung der Auffassung von Genossin Zieg entgegen, sondern die Redaktion der „Vollstätt“ hing dem Versammlungsbericht eine Erklärung an, daß sie nicht in allen Punkten mit der Referentin einverstanden sei. Ein Genosse, der in der Versammlung nicht zum Wort gekommen war, legte noch ein paar Tage später seine Meinung in der „Vollstätt“ dar. Er verlangte nicht mehr und nicht weniger, als daß für die Geburtenbeschränkung tüchtig Propaganda gemacht werde, und daß ein entsprechender Passus in unser Parteiprogramm aufgenommen sei.

In der Liegnitzer Versammlung sprach nur Genossin Popp freudig begrüßt und mit reichem Beifall belohnt. Ihr Thema war hier wie auch in Breslau ein allgemeines, das sie für die Frauen überaus verständlich und lehrreich behandelte. Genossin Popp zeigte, daß es in Österreich dieselben mißlichen Verhältnisse gibt wie bei uns in Deutschland. Ihre Ausführungen gipfelten darin, daß nur der enge Zusammenschluß und der entschlossene, zielbewußte Kampf aller Bedrückten der verkehrten Wirtschaftspolitik, der Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende bereiten könne. Sie legten überzeugend die Notwendigkeit des Sozialismus dar. F. W.

Aus den Organisationen. Die proletarischen Frauen im Wierges im Westerwald finden allmählich den Weg zur politischen Organisation. Feuerung und Arbeitslosigkeit sind strenge Lehrer. Frauentag und rote Woche haben uns neue weibliche Mitglieder und Befürworter unserer Presse zugeführt. Besonders wirksam erwies sich etwas später ein Lichtbildervortrag von Genossin Wartenberg über „Geburtenrückgang und Säuglingssterblichkeit“. Er war gut besucht, fand großen Anklang bei den aufmerksamen Zuhörerinnen und vermehrte die Zahl unserer organisierten Mittkämpferinnen. Die Wäden sind wieder geschlossen, die der Fortzug von Genossinnen und leider — es muß gesagt werden — auch die Gleichgültigkeit in unsere Reihen gerissen hatten. Jetzt zählen wir 93 weibliche Mitglieder. Es ist unsere Pflicht, fortwährend wachsam auf Posten zu stehen. Kein Feind kann uns dabei schaden, wohl aber ermuntert uns die Gewißheit, daß wir nicht vergebens kämpfen. Rosa Hubert.

Vor wenig Jahren noch war im Wahlkreis Nahe- und Rhen- und Mosel von einer proletarischen Frauenbewegung kaum etwas zu spüren. Eine Zentrums-Hochburg ist dieser Wahlkreis, der sich von den Jülicher Landen an Holländisch- und Belgisch-Limburg vorbei bis in die Eifel erstreckt. Aber auch hier bahnt sich der Sozialismus seinen Weg. Und mit ihm unsere Frauenbewegung. Unter 700 politisch organisierten befinden sich 120 Genossinnen, die sich auf 11 Orte verteilen. Die „Gleichheit“ erhalten die Genossinnen unentgeltlich. Nur schwer kamen die Frauen des werktätigen Volkes zu der Erkenntnis, daß auch sie im öffentlichen, im politischen Leben tätig sein müssen. Aber nun wurzelt diese Erkenntnis fester und fester. Dem Kreisvorstand sowie mehreren Ortsvereinigungen gehören Genossinnen als Mitglieder an. Auch an der Hausagitation nehmen die Frauen in einigen Orten recht eifrig teil. Der Schulung der Genossinnen dienen in mehreren Orten ständige Frauenabende. Bei fleißiger Mitarbeit aller Genossinnen werden wir auch in diesem schwarzen Kreise immer mehr Frauen dem Sozialismus zuführen. k. w.

Jahresbericht der Magdeburger Genossinnen. Im verflohenen Jahre fanden in Magdeburg 10 Sitzungen der Bezirksleiterinnen statt, in denen die Agitationsarbeiten und alle anderen Veranstaltungen beraten wurden, die der Erweckung und Schulung der Proletarierinnen dienen sollten. Nicht weniger als 30 Bezirksversammlungen förderten diese Zwecke. Vorträge wurden unter anderem über folgende Themen gehalten: „Kinderausflüge während der Sommerferien“, „Kommunale Angelegenheiten“, „Das Recht des Kindes“, „Schulfragen“, „Die Stellung der Frau im Wandel der Zeit“, „Die wirtschaftliche Lage und die soziale Stellung der

Frau“, „Gesindeordnung“ usw. Es fanden zwei öffentliche Frauenversammlungen statt. Am 24. April referierte Genosse Dr. Alfred Bernstein über „Die Ursachen des Geburtenrückganges in Deutschland“, Genossin Reichardt sprach am 28. September über „Der Kampf der Frauen gegen Not und Rechtlosigkeit“. Beide Versammlungen waren gut besucht. Über unsere Ferienausflüge für Kinder und die im Oktober stattgefundene Bezirkskonferenz brachte schon Nr. 5 der „Gleichheit“ einen ausführlichen Bericht. Im Monat Februar ließ der Bildungsausschuß einen wissenschaftlichen Kursus abhalten, in dem Genosse Dunder an acht Abenden „Die Geschichte des Sozialismus bis zum Beginn des neunzehnten Jahrhunderts“ behandelte. Eine Anzahl Genossinnen nahm daran teil. Dank der regen Mitarbeit einiger Genossinnen ist es gelungen, in Magdeburg wieder eine Ortsgruppe des Zentralverbandes der Hausangestellten zu gründen. Unser Frauentag gestaltete sich zu einer imposanten Demonstration für das Frauenwahlrecht. Aus allen Stadtteilen kamen die Frauen in losen Zügen zu der Versammlung, in der Genossin Ziegler-Verlin feindlich und sachlich über das Thema sprach: „Frauenwahlrecht ist Menschenrecht“. Den Delegationen, die die Magdeburger Parteigenossenschaft zur Beisehung des Genossen Webel und zum Parteitag entsandte, gehörte auch je eine Genossin an. Die Zahl der weiblichen Mitglieder unserer Parteiorganisation betrug am 31. März dieses Jahres 1582, am Schluß des Geschäftsjahres 1912/13 hatten wir nur 1262 zu verzeichnen. Wir haben also im letzten Jahre 320 Frauen der Sozialdemokratie als Kämpferinnen zugeführt. Wir hoffen, daß die Genossinnen in dem neuen Tätigkeitsjahr fleißig und aufopfernd im Dienste des großen Ganzen mitarbeiten. Geschickt das, so dürfen wir weiterer Erfolge sicher sein. e. h.

Politische Rundschau.

Auch ohne ein formelles Ausnahmegesetz ist heute die deutsche Arbeiterklasse unter Ausnahmerecht und Ausnahmeverwaltung gestellt. Die wirtschaftliche Krise, die auf der Arbeiterklasse lastet, ermuntert die herrschenden Klassen, die Stellungen des Proletariats rücksichtslos zu bestürmen. Die Garantien des Gesetzes erweisen sich dem robusten Angriffswillen der Bourgeoisie gegenüber als reine Papiertäfelchen. Im Reich, in Preußen, in anderen Einzelstaaten folgte eine Vergewaltigung des Arbeiterrechts der anderen. Die Beratung des Etats des Innern im Reichstag gab den Sprechern der sozialdemokratischen Fraktion Gelegenheit, den russischen Kurs der deutschen Regierung zu brandmarken. Der Polizei- und Verwaltungskampf gegen die freien Gewerkschaften, die proletarische Jugendbewegung, die Volksfürsorge sind die hervorsteckendsten Symptome dieses Kurzes. Die Sprecher der Reichstagsfraktion sagten diesem reaktionären Kesseltreiben den schärfsten Kampf an.

Die krönende Spitze des Systems und ihre feste Zwingburg ist der Militarismus. Die Beratung des Militäretats im Reichstag erwekte wieder einmal, daß die Sozialdemokratie in ihrem grundsätzlichen Kampfe gegen den Militarismus allein steht. Er fühlt sich als unverantwortlich vor dem Parlament. Drastisch trat dies zutage in der Antwort, die der General v. Hohenborn auf eine kurze Anfrage des Genossen Dittmann wegen einer Reihe die Bevölkerung tief aufwühlender Soldatennachhandlungen gab. Der General erklärte kurzweg: Der Reichstag ist nicht zuständig! Nicht zuständig, Kritik an der Ausbildung der Soldaten zu üben! Aber kein Sturm der Empörung setzte den Vertreter des Kriegsministers weg, der den Reichstag von einer seiner wichtigsten Aufgaben einfach ausschalten will. Die Männer des Freifinns räsonnierten etwelches über die verfassungswidrige Stellung des Militärcabinetts, aber zu Laten reicht es bei diesen liberalen Helden schon lange nicht mehr. Und es wäre für ein bürgerliches Parlament doch keine halbbrechende Sache, den Moloch zahm zu machen. Es verfügt über die Macht, die ihn zwingen kann: den Geldbeutel. Aber der Reichstag will diese Macht nicht anwenden. Die Bourgeoisie empfindet höchstens einige Sinkerlichkeiten an ihm unangenehm, wie die betrübende Tatsache, daß die Offiziersposten strenges Sonderrecht der feudalen Junker und allenfalls noch der feudalfisierten Bürgerjöhne christlichen Geblüts sind. Auch das Zentrum hat seine Angriffe gegen den Militarismus längst als Jugendsünden abgetan. Sein Sprecher fand, daß alles gut ist, so wie es ist. Der Führer der Nationalliberalen vermochte in der neuen Verordnung über den Waffengebrauch des Militärs sogar einen „wesentlichen Fortschritt“ zu entdecken. Auf taube Ohren und völlige Verständnislosigkeit stieß natürlich die Forderung der Miliz, des Volksheers mit demokratischer Verfassung, das die Sozialdemokratie an die Stelle des heutigen Militarismus setzen will. Der preussische Kriegsminister wußte darauf nur zu sagen: die Miliz

eigne sich nicht zum Angriff. Auf diesen aber sei Deutschland in einem Krieg angewiesen. Es wurde dem Herrn die Möglichkeit vorgehalten, die Völker könnten bei ihrer steigenden Kultur einmal die Lust verlieren, sich gegenseitig die Häse abzuschneiden. Darauf erklärte er als ein echter Kriegsknecht: Dann kann mir die ganze Kultur gestohlen werden. Die grauenvolle Ziffer von 10439 kräftigen jungen Männern, die im Zeitraum von 1870 bis 1910 im deutschen Heer durch Selbstmord sich den Qualen der Kaserne entzogen haben, tat dieser klassische Kriegsminister mit einer Zahlenspielerei ab. Der Neubau, der für das Militärkabinett bestimmt war, ist vom Reichstag abgelehnt worden. Dem Militärkabinett selbst wurde kein Haat gekrümmt, es ist und bleibt das unverantwortliche Werkzeug, mit dem der „oberste Kriegsherr“ die Armee regiert; neben dem Militärkabinett ist und bleibt der dem Parlament verantwortliche Kriegsminister nur ein folgloser Schatte.

Die Anstrengungen, den brutalen Kasernengeist der Jugend einzupflanzen, werden unverdrossen fortgesetzt. Ein Erlass des preussischen Kriegsministers über die militärische Unterstüßung der „nationalen Jugendpflege“ erlaubt die Verpflegung dieser Jugend in den Kadettenhäusern zu nur nominellen Preisen. Die Mädchen, in denen der junge Soldat selbst durch Kniffe und Pässe für den Militarismus gar gemacht wird, zeigt man der Jugend wohlweislich nicht. — Der entsetzlichen Korruption der Rüstungsindustrie, die Genosse Liebknecht an der Hand eines überwältigenden Materials aufdeckte, setzten der Kriegsminister wie die bürgerlichen Parteien des Reichstags eine eiserne Stirn entgegen. Das rührt sie nicht mehr. Wenn der heilige Profit mit den nationalen Interessen in Konflikt kommt, dann zum Teufel mit diesen nationalen Interessen! Dem süddeutschen Freisinnsmann Liesching gebührt das Verdienst, das in aller Harmlosigkeit ausgesprochen zu haben. Er finde, meinte er, nichts Verwerfliches am Absatz der Rüstungsindustrie ins Ausland. Von der Höhe dieser sittlichen Anschauungen herab begreift man, daß Genosse Lugeburg vom preussischen Kriegsminister mit einem neuen Strafantrag bedacht werden mußte. In einer Volksversammlung in Freiburg hatte sie gesagt, daß in der deutschen Armee Soldatenmißhandlungen an der Tagesordnung sind. Der Kriegsminister fühlt durch diese Behauptung wieder einmal die gesamten Offiziere beleidigt.

Moral- und Rechtsanschauungen unserer herrschenden Massen und ihrer Bürokratie rückt auch die Enteignung der Duala in blendendes Licht. Sie vollzog sich unter Rechtsbrüchen und Gewalttaten der empörendsten Art. Die Dualaner sollen von ihren Stammvatern an der Wundung des Kamerunflusses enteignet werden, weil man dort eine reine Europäerstadt anlegen will. Die vorgeblich hygienischen Gründe, die dafür angeführt werden, sind von dem ehemaligen Gouverneur Ostafrikas v. Rechenberg als Schein nachgewiesen worden. Der wirkliche Grund ist: die weiße Herrenrasse will der farbigen Knechtstrafe durch räumliche Entfernung ihre Untertüchtigkeit drastisch zum Bewußtsein bringen. Sie will auch den Schwarzen nicht die wachsende Grundrente zukommen lassen, den „Rehrwert“, wie sie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in einem plötzlichen Anfall von „Margismus“ nennt. Denn der Mehrwert ist offenbar von Geburt weißer Rasse. Ein feierlicher Vertrag des Reiches von 1884 sicherte den Kamerunleuten den dauernden Besitz ihres Stammes-eigentums. Die bürgerliche Mehrheit des Reichstags wie die Regierung schoren sich den Teufel darum. Die Budgetkommission hatte Vorlegung der Akten zur Enteignungsfrage verlangt. Die Regierung legte ihr nicht die Akten vor, sondern eine einseitige Denkschrift, die von Verleumdungen der Kamerunleute und ihrer Verteidiger strotzt. Die Mehrheit des Reichstags beruhigte sich aber dabei. Kurz vor der Abstimmung überraschte die Regierung den Reichstag mit dem plumphen Schauspielereitrick eines bevorstehenden Aufstandes in Kamerun. Bell, der mutige und intelligente Verteidiger seiner Landsleute in Kamerun wurde verhaftet und sein Dokumentenmaterial in Sachen der Enteignung beschlagnahmt. All das hat den Reichstag nicht gehindert, der Enteignung zuzustimmen.

Die Erörterung der auswärtigen Politik im Reichstag wurde durch eine Rede des Staatssekretärs v. Jagow eingeleitet. Sie erging sich in nichtsagenden Allgemeinheiten. Die bürgerlichen Redner hatten keine grundsätzlichen Ausstellungen an dieser Politik zu machen, deren Ziele imperialistisch sind. Das taten allein die Sozialdemokraten. Sie setzten der imperialistischen Ausdehnungspolitik die Lösung der Völkerverbrüderung entgegen. Außere und innere Politik schließen die bürgerlichen Parteien immer dichter zusammen. Die Aufrechterhaltung und Erhöhung der Schutzzölle und die Niederdrückung der Sozialdemokratie sind vor allem Aufgaben, die Sanierungsrufe auslösen. Herr Erzberger vom Zentrum will Konservative, Zentrum und Nationalliberale „sammeln“. Diese heilige Dreieinigkeit soll bei den nächsten Reichstagswahlen der Sozial-

demokratie die Hälfte ihrer Siege abnehmen. Wir sehen dieser „Abnahme“ in aller Gelassenheit entgegen.

Die Gesellschaft für soziale Reform hielt jüngst ihre außerordentliche Hauptversammlung ab und veranfaßte dabei eine öffentliche Demonstration für die Fortführung der Sozialreform. Diese Gesellschaft ist keine Macht von irgendwelcher Bedeutung. Was soll in dieser kampfburchwühlten Zeit das ethische Gebilde von Offizieren ohne Truppen? Von Leuten, die zudem zum Kampfe für den Imperialismus in die Arena hinabsteigen und also den Karren rettungslos in den Sumpf schieben? Das Proletariat wäre töricht, eine unterstüßende Kraft dort zu sehen, wo nur Ohnmacht ist.

Den Regierungsantritt des Herrn v. Loebell als preussischer Minister des Innern haben die Konservativen mit einem Feldzug gegen jede Änderung des Dreiklassenwahlrechts begleitet. Die „Kreuzzeitung“ warnte vor der „innerstaatlichen Erschütterung“, die solches im Gefolge haben könnte, und Herr v. Seydebrand erklärte im „patriotischen Verein“ von Altona spöttisch: „Wenn einmal mit der Änderung des Wahlrechts angefangen wird, warum sollen wir in Preußen gerade beginnen?“ Die Antwort auf diese Frage wird wesentlich erleichtert durch die jüngsten Debatten des preussischen Landtags über den Kultusetat, die Universitäten, die Volksschule, die Jugendpflege. Der Geist stumpfsinniger Kulturfeindlichkeit feierte dabei wahre Orgien.

Aber auch die anderen Bundesstaaten haben in der jüngsten Zeit ihr reichlich Teil dazu beigetragen, die Forderung der vollen Demokratie auf die Tagesordnung zu stellen. In Sachsen konnte der Minister des Innern unbedünnt aussprechen, daß die Regierung jeden sozialdemokratischen Gemeindevorsteher ablehnen wird, der sich offen zu seiner Partei bekennt. In Bayern ist das Zentrum im Begriff, ein Gemeindebeamtengesetz zu schaffen, das ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie ist. Die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie oder zu den freien Gewerkschaften soll von der Bekleidung von Gemeindeämtern ausschließen. Der würtembergische Landtag, der nach beinahe viermonatigen Beratungen bis zum Herbst vertagt ist, hat als hervorstechendste Früchte gezeitigt: die Ablehnung der Arbeitslosenfürsorge durch die Erste Kammer, das Kinogesez, das die Polizei zum Wächter der Sittlichkeit des Volkes macht, und die Errichtung einer Landespolizeizentrale. Der stärkste Rückhalt der Reaktion in den Bundesstaaten ist und bleibt Preußen. Ehe das Dreiklassenwahlrecht nicht gestürzt ist, kann weder in Sachsen, noch in Bayern, noch in Württemberg oder in einem anderen „engeren“ Vaterland die volle Demokratie errungen werden.

Die Stichwahlen zur französischen Kammer haben der Sozialdemokratie einen glänzenden Mandatszuwachs gebracht. Sie gewann 82 neue Siege und ist jetzt mit 102 Mandaten in der Kammer vertreten. Die Briandische Gruppe hat sehr schlecht abgeschnitten. Im einzelnen ist das Resultat der Stichwahlen folgendes: Konservative und Liberale 81 (+7), Progressisten 59 (-24), Mitglieder der Vereinigten Linken 81 (-16), Republikaner der Linken 60 (-14), Sozialistische Radikale 236 (+23), Sozialistische Republikaner 81 (-3), Vereinigte Sozialisten 102 (+32). Unsere französische Bruderpartei spürt nicht die geringste Lust, das Experiment der Briand und Millebrand zu wiederholen: den Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung. Auf ihre eigene Kraft gestellt, wird die verstärkte sozialdemokratische Parlamentsfraktion einen um so stärkeren Druck auf die Regierung ausüben können. Die reaktionäre Presse ruft bereits zur Sammlung eines „nationalen Blocks“ gegen „die Revolution“.

In England weicht die liberale Regierung vor der entschlossenen Haltung der Konservativen immer weiter zurück. Der Premierminister Asquith hat angekündigt, daß die Regierung nach Gesetzgebung der Pomerulevorlage selbst eine Zusatzvorlage einbringen wird, die die Wünsche der Konservativen erfüllt. Der Führer der irischen Nationalistenpartei im englischen Unterhaus, auf deren Unterstützung die liberale Regierung angewiesen ist, hat angekündigt, er wolle sich freie Hand vorbehalten, wenn die Zusatzvorlage eingebracht wird. Das neue Budget des Schatzkanzlers Lloyd George läßt das Defizit von fast 10 Millionen Pfund Sterling (200 Millionen Mark) auf die Schultern der Besizenden. Der Schatzkanzler schlägt vor, das Defizit durch höhere Erbschaftsteuer, eine neue Progression der Einkommensteuer und eine höhere Extraeinkommensteuer, die die Einkommen von über 2000 Pfund trifft, zu decken. Das Budget enthält zugleich den Beginn einer Gemeindesteuerreform. Der Staat leistet an die Gemeinden Zuschüsse, damit sie ihren wachsenden Aufgaben genügen können, darunter ist auch die Schulerziehung. Den Sinn dieses Budgets erläutern folgende Sätze, mit denen der Schatzkanzler Angriffe der Konservativen beantwortete: „Millionen im Lande erheben sich in Empörung gegen ihre Lage, und wenn die Reichen und Vermögenden sich nicht rechtzeitig anschicken, für ihre weniger begüterten Mitbürger Opfer zu bringen,

so wird bald der Tag kommen, wo sie mit Erstaunen und Bedauern darauf zurückblicken werden, daß sie gegen eine Einkommensteuer von 1 Schilling und 4 Pence als Versicherung gegen die Revolution protestiert haben." Es sieht aber auch in England nicht so aus, als ob 1 Schilling und 4 Pence eine ausreichende „Versicherung gegen die Revolution“ sein werden.

In Belgien ist die Kammer vertagt worden, nachdem die Klerikalen noch kurz vor Tagesabgang das reaktionäre Schulgesetz durchgedrückt hatten. Am 24. Mai werden die Neuwahlen für die Hälfte der Kammermitglieder stattfinden. Noch unter dem alten Wahlrecht, denn der parlamentarische Ausschuß, der nach dem letzten Massenstreik zur Eroberung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts eingesetzt wurde, hat die Wahlrechtsfrage auf dem alten Fleck gelassen.

In Spanien schließt der Staatshaushalt mit einem Fehlbetrag von über 100 Millionen Pesetas ab. Schuld daran ist der kostspielige Marokkofeldzug und der Bau einer neuen Flotte. Die Kosten dieser Extravaganzen werden die breiten Massen zu tragen haben. Die Regierung schlägt Steuern auf Zucker und Salz und Erhöhung der Steuern auf Konserven vor.

In Rußland sind heftige Verfassungskämpfe ausgebrochen. Dem neuen Ministerium Gorenkin ist selbst das jetzige Scheinparlament lästig. Es sucht zunächst die Redefreiheit zu vernichten. Gegen den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Dumafraktion Tschaidse soll Anklage erhoben werden wegen einer seiner Reden in der Duma, in der er beiläufig die Republik für das Muster einer Staatsform erklärte. Das Ministerium erkennt keine „absolute“ Redefreiheit in der Duma an, das will sagen, es erkennt die Redefreiheit überhaupt nicht an. Die Dumaabgeordneten, die mit der größten Energie gegen diese Vergewaltigung protestierten, sind zeitweilig aus dem Parlament ausgeschlossen worden. Ihrem Protest schlossen sich die Petersburger Arbeiter durch einen großen Demonstrationstreik an. Er umfaßte 78 Betriebe mit etwa 50000 Arbeitern. Auch die Maisfeier rief eine Welle von Massenstreiks in Petersburg, Moskau, Kiew, Michninowgorod, Tiflis usw. hervor. Die Vorlage auf Verzollung von Getreide, Erbsen und Bohnen ist in der Duma angenommen worden. Der Zollsatz ist 4 Rbl. pro 100 Kilogramm.

Während der Präsident der Vereinigten Staaten donnernde Philippiken gegen die „unmoralische“ mexikanische Regierung losläßt, schießt er gleichzeitig die Truppen des Landes gegen ihre Mitbürger ins Feld. Im Staate Colorado liegt das Bergwerkrevier Trinidad. Es gehört der Colorado Fuel & Iron Company, einer Gesellschaft, die von dem Sohn Rodefellers „kontrolliert“, das heißt beherrscht wird. Am 23. September des Vorjahrs brach dort ein Streik aus. Bei den Verhandlungen mit den Vertretern der Bergarbeiter verweigerte nun der durch seine Frömmigkeit berühmte junge Rodefeller kategorisch die Anerkennung der Organisation. Er billigte zum voraus die härtesten Maßnahmen der Föderalverwaltung. Diese kamen auch. Die Streikenden, die aus den Zechenwohnungen ernüchert worden waren, bezogen mit Frauen und Kindern ein Zeltlager. Auf dieses Zeltlager eröffnete nun eine Kompanie Miliz ohne jeden Anlaß Feuer. Nicht nur Männer, auch Frauen und Kinder fielen zuhause. Ein Schrei der Empörung ging durch die ganze amerikanische Arbeiterschaft. Die gehegten Bergarbeiter griffen ihrerseits zu den Waffen und setzten der Soldateska entschlossenen Widerstand entgegen. Darauf wurde die Staatsmiliz von Colorado und schließlich die Bundesmiliz vom Präsidenten selbst gegen sie aufgeboten.

In Mexiko haben die Gegner des Präsidenten Huerta nach heftigen Kämpfen die wichtige Hafenstadt Tampico erobert. Die Stellung Huertas wankt unter diesem Stoß. Die Vermittlungsverhandlungen der südamerikanischen Republiken sollen am 30. Mai in Niagara Falls in Kanada beginnen.

A. Th.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die organisierte Arbeiterschaft ist zum schärfsten Kampfe gegen die Räden und Läden gezwungen, mit denen die Polizei den Gewerkschaften beizukommen sucht. In diesen Räden und Läden liegt System. Wer darüber noch im Zweifel sein konnte, der muß dadurch eines anderen belehrt worden sein, daß die Gewerkschaften für politische Vereine erklärt werden. Die Ausgebeuteten würden wahrhaftig die ihren Organisationen zugedachte Anebelung verdienen, wollten sie sich nicht energisch gegen die beliebte *P o l i z e i p r a x i s* wehren. Es geht ja um ihr *K o a l i t i o n s r e c h t*. Eine schmetternde Fanfare zum Kampfe ist in Berlin erklungen. Dort fand eine Versammlung statt, die von etwa 5000 Gewerkschaftsfunktionären besucht war. Rechtsanwalt Genosse *S e i n e* rednete gründlich mit der Willkür des zweierlei Rechtes ab. Aus seinem „Archiv der Niedertracht“ legte er reiches Material von bündigster

Beweiskraft dafür vor, daß die nämlichen Vorgänge und Tatbestände von Behörden und Richtern ganz verschieden beurteilt und bestraft werden, je nachdem es sich um ausgebeutete Proletariat oder um ausbeutende Kapitalisten handelt. Hellstes Licht fiel damit auf die geradezu unerträglichen „Rechtszustände“ im Reiche der vollendetsten Rechtsgarantien. Genosse *S e i n e* vertrat mit Recht die Ansicht, daß unfererseits rücksichtslos alle Verstöße zur Anzeige gebracht werden müßten, die Unternehmerverbände, christliche und gelbe Organisationen, Innungen usw. sich gegen das Gesetz zuschulden kommen lassen, so wie es jetzt gegen die freien Gewerkschaften ausgelegt wird. Der Kapitalismus und seine Verfechter müßten in den eigenen Schlingen gefangen werden. Diese Ansicht fand allgemeine Zustimmung.

Die Staatsanwaltschaft hat also Aussicht auf reichliche Beschäftigung. Freilich wird sich „die objektivste Behörde der Welt“ ihre Aufgabe wahrscheinlich sehr leicht machen. Darauf läßt die jetzige Praxis schließen. Ohne Rücksicht auf Gesetz und Recht werden die einfachsten Vergehen organisierter Arbeiter strafrechtlich verfolgt und streng geahndet. Dagegen drückt man beide Augen zu bei den schreiendsten Verstößen der kapitalistischen Terroristen gegen das Gesetz. Jedoch in der Strafverfolgung der Gegner und ihrer Organisationen liegt ja nicht die wesentliche Wirkung der befürworteten Anzeigen. Auf was es ankommt, ist ein anderes. Die Aufmerksamkeit der breitesten Öffentlichkeit immer wieder darauf zu lenken, daß für die klassenbewußten Arbeiter und ihre Gewerkschaften und für gegnerische Organisationen zweierlei rechtliches Maß und Gewicht gilt, daß es große Schichten von Staatsbürgern gibt, die in Wirklichkeit unter ein Ausnahmerecht gestellt werden. Solche Feststellungen müssen jeden empören, der nur noch einen Funken Gerechtigkeitsempfinden besitzt. Daß der Kampf gegen die Praxis des zweierlei Rechtes nicht vergeblich ist, beweist die Vergangenheit. Die endliche Reform des Vereinsrechtes ist durch ihn mit erzwungen worden.

Allerdings scheint in der Welt der Besitzenden das gesunde Rechtsempfinden fast völlig ertötet zu sein. Die Staatsanwaltschaft geht glatt über Anzeigen hinweg, die den skandalösesten Innungsterrorismus feststellen. Kein Staatsanwalt findet darin etwas Strafbares. Wie anders, wenn es sich um Arbeiter handelt! Auf die Demunziation des größten Schuftes hin werden ehrliche Proletariat monatelang ins Gefängnis gesteckt. Der Name Keiling sagt in dieser Beziehung alles. Dieser Mordgeselle mit der ellenlangen Strafliste, dieser Streikbrecheragent und Polizeidivulant zugleich, hat in Berlin zwei Arbeiter in Haft gebracht. Keiling wirkte im Herbst vorigen Jahres als „Staatszerstörer“ gegen einen Kutschersstreik daselbst. Als er über die Strafe ging, riefen einige Frauen: „Da geht ja Keiling!“ Vorübergehende blieben stehen und betrachteten sich den bedeutenden Mann etwas näher. Darauf zückte Keiling ein Dolchmesser und bedrohte die Umstehenden. Ein streifender Kutscher faßte den Lumpen am Kragen und nahm ihm das Messer ab. Flugs erstattete Keiling Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen Überfalls und Straßenraubs. Wahlos wurden einige Streikende verhaftet. Im Bewußtsein seiner Unschuld meldete sich der Kutscher, der dem Revolverhelden das Messer entwunden hatte. Er glaubte, damit die Freilassung seiner Kollegen zu bewirken. Wie bitter wurde sein blindes Vertrauen in die Behörde enttäuscht. Die Staatsanwaltschaft steckte den Mann vier Wochen in Untersuchungshaft und behielt auch einen der bereits Verhafteten so lange in Nummer Sicher. Schließlich mußten beide entlassen werden, doch wurden sie befehrt, daß ihnen ein Entschädigungsanspruch aus der erlittenen Untersuchungshaft nicht zustehe. Das Zeugnis des Verbrechers Keiling muß nach Tischen der Staatsanwaltschaft wohl etwas bedenklich erschienen sein. Wäre der Edle noch in Amt und Würden als Streikbrecheragent und Polizeispitzel gewesen, so hätte sein Eid höchstwahrscheinlich mehrere ehrliche Arbeiter auf Monate ins Gefängnis geliefert.

Bei der üblichen Juristerei wären die Scharfmacher Schafsköpfe, wenn sie auf einem Ausnahmegesetz bestünden. Der Gesetzestext könnte kaum brutaler ausfallen, als heute die Rechtspraxis ist. Außerdem wäre es möglich, daß bei einem Ausnahmegesetz auch Unternehmer einmal verfehentlich in die Fallstricke geraten könnten, die den Arbeitern gelegt würden. Diese Erkenntnis dümmert jetzt den Kapitalisten selbst auf. Der Verband der sächsischen Industriellen warnt denn auch in einem Zirkular seine Mitglieder vor dem weiteren Schreien nach Ausnahmegesetzen. In seiner gegenwärtigen Zusammenfassung erscheint der Reichstag den Herren zu wenig zuverlässig. Er hat wiederholt Forderungen eines besonderen Arbeitswilligengesetzes abgelehnt und würde auch einem erneuten Antrag nicht zustimmen. Außerdem könnte ein Verbot des Streikpostenstehens und ähnliche gesetzliche Bestimmungen „sinngemäß

auch auf die Organisationen der Arbeitgeber Anwendung finden". Sogar ein konservativer Abgeordneter hat im Parlament in einer Anwendung von Ehrlichkeit bekundet, daß sich auch die Unternehmer Verstöße gegen das Gesetz zuschulden kommen lassen, und daß die schwarzen Listen, die Materialsperrre, die Kundensperre usw. Mißbrauch des Koalitionsrechts sind. Die organisierten sächsischen Industriellen raten daher ihren Mitgliedern, sich genau zu überlegen, was größer sei: die Nachteile, die unvermeidlich eintreten werden, wenn ein Ausnahmegesetz auch die Betätigung der Unternehmerverbände hemmen wird, oder aber der Nutzen, der aus einem solchen Gesetz für die Herren herauspringen kann. Die sächsischen Industriellen setzen mit gutem Recht ihre größere Hoffnung darauf, daß durch energische Anwendung der bestehenden Gesetzesbestimmungen, durch Ausbildung besonderer Beamten „dem Unwesen des Streikpostensiehens“ wirksam entgegengetreten wird. Dadurch würde nach ihrer Ansicht den Unternehmern ein praktischer Schutz gewährt, der ihnen durch die aussichtslose und für sie selbst bedenkliche Forderung eines besonderen Streikpostensverbots nicht zuteil werden kann. Die Herren haben vollkommen recht. Die heutige Klassenjustiz und Seine Majestät der Schußmann bieten ihnen alles, was ihr Herz begehrt. Den tarifbrüchigen Malermeistern in Rheinland-Westfalen wird angefehlt, des etwas belebten Geschäftsgangs ein wenig eingeheizt. In einigen Orten des Industriegebietes streifen die Gehilfen um die Anerkennung des Tarifs. — Auch im Transportgewerbe des Rheinlandes und Westfalens ist es in einigen Orten zum Ausstand gekommen. In Dortmund, Bochum und Elberfeld-Varmen sind die Fuhrleute ausständig, um einen besseren Lohn und die Abschaffung des Kost- und Logiszwangs durchzusetzen. Gerade diese rückständige Entlohnungsart bedingt häufig, daß die Arbeitszeit eine völlig unregelmäßige ist.

Die Differenzen in der oberpfälzischen Glasindustrie konnten durch Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht in Fürth noch nicht beigelegt werden. Wohl mußten die Unternehmervertreter zugeben, daß die Arbeitsverhältnisse in jener Industrie verbesserungsbedürftig sind. Sie drückten sich aber zunächst von einer klaren Entscheidung, weil sie keine Vollmacht von den Unternehmern hatten. Es wird sich bei einer späteren Verhandlung zeigen, ob sie zu Entgegenkommen bereit sind, wenn sie die Vollmacht erhalten haben. In Rauscha wird in den Glashütten gestreikt. Die Unternehmer weigern sich, die Arbeitszeit von 9 $\frac{1}{2}$ Stunden zu verkürzen, die bei der Hitze in den Hütten geradezu un menschlich lang ist.

Im schlesischen Granitsteingebiet planen die Unternehmer eine Aussperrung. 2700 Granitarbeiter erhielten die Kündigung, die Ende Mai abläuft. Die Unternehmer wollen bei Erneuerung des Tarifs nur 2 Prozent Lohnzulagen für die überaus gesundheitschädliche Arbeit der Steinmehnen und Brecher gewähren, die Hilfsarbeiter sollen leer ausgehen. — Der Streik der Maschinmacher in Berlin wurde mit einigen kleinen Erfolgen für die Arbeiter beendet. — Der Streik der Berliner Stuhlarbeiter und -arbeiterinnen ist nach dreißig Wochen Dauer durch Vergleich zu einem Abschluß gekommen. Die Streikenden haben einige Lohnaufbesserungen durchgesetzt.

Eine Klüte von einer Konkurrenzklausel enthielt ein Vertrag, den ein Dresdener Patentbureau mit einer Kontoristin abschließen wollte. Dem Fräulein wurden 30 Mk. Gehalt — monatlich zugesichert, 10 Mk. Zulage pro Monat nach einem Vierteljahr und mit jedem Jahre eine weitere Gehaltserhöhung von 10 Mark monatlich. All das nur „bei guter Führung“. Die Arbeitszeit sollte pünktlich eingehalten werden, wenn gleich sie nicht etwa festgelegt war, sondern von Fall zu Fall bestimmt werden sollte. Bei so vieler Güte des Chefs mußte sich das Fräulein aber „ausdrücklich verpflichten, auf die Dauer von zwei Jahren, vom Austritt aus dem Bureau an gerechnet, keine Stellung in einem Konkurrenzgeschäft Sachsens anzunehmen“. Sicherlich wird es der Kontoristin ein Leichtes sein, von ihrem fürstlichen Gehalt so viel zu erübrigen, daß sie davon leben und in ganz Deutschland — nicht bloß in Sachsen — keine Stellung mehr anzunehmen braucht. Gegenwärtig wird im Reichstag an dem Konkurrenzklauselgesetz herumgepuscht. Um die Handlungsgestellten gegen Benachteiligungen zu schützen, gibt es nur ein Mittel: das strikte Verbot der Konkurrenzklausel, wie es die Sozialdemokraten fordern.

Die Krankenkassenbeamten kommen nach den Segnungen der Reichsversicherungsordnung immer mehr unter die Fuchtel der Reaktion. Den Beamten der Münchener Ortskrankenkasse ist bekanntgegeben worden, daß sie sich innerhalb

der Kassenstunden aller Arbeiten für Verbandszwecke, wie Agitation, Einladungen zu Versammlungen, Verteilung von Flugschriften, Einkassieren von Beiträgen, Verwahrung von Verbandsgeldern, Zustellung von Zeitungen und Witzblättern, zu enthalten haben. Vieles von dem, was dieser Mas des Vorstandes untersagt, verbietet sich von selbst und wird von den Beamten sicher gar nicht getan. Davon abgesehen ist mancher Unternehmer gegen seine Arbeiter toleranter als der Vorstand der Ortskrankenkasse in München. Mander Kapitalist gestattet in seinem Betrieb das Kassieren der Verbandsbeiträge, das Verteilen von Flugblättern und Zeitungen. Ist eine schärfere Kritik möglich als diese schlichte Tatsache? Es stimmt, daß Deutschland an der Spitze der Sozialreform marschiert — nach rückwärts. #

Aus der Textilarbeiterbewegung. In Krefeld ist die Lohnbewegung der *S a m t a p p r e t u r e* beendet, an der 300 Arbeiter und 87 Arbeiterinnen beteiligt waren. Für alle Beschäftigten 1 Mk. Lohnhöhung pro Woche, für die Männer eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde wöchentlich, das ist ihr Gewinn. Die Arbeitszeit ist nun eine einheitliche geworden und beträgt 58 Stunden in der Woche. Vor Sonn- und Festtagen ist um 4 Uhr Schluß der Arbeit. Alle in die Arbeitswoche fallenden Feiertage werden voll bezahlt. In den Appreturen Krefelds sind Staffellöhne üblich, die sich nach dem Alter der Arbeiter abstufen. Die Löhne der Lehrlinge betragen jetzt im ersten, zweiten und dritten Jahre 8, 10 und 15 Mk. pro Woche. Ausgelernte Kaufher, Scherer, Senger, Reiniger erhalten nach beendeter Lehrzeit im ersten, zweiten, dritten und vierten Jahre 19, 21, 24 und 27 Mk., vom 24. Lebensjahr an 28 Mk. Hilfsarbeiter, die als Kaufher, Scherer, Senger, Reiniger beschäftigt werden, bekommen im dritten Jahre den Tariflohn, allen übrigen Arbeitern der Gruppe ist eine Lohnzulage von wöchentlich 1 Mk. zugestanden worden. Die Löhne der Arbeiterinnen wurden ebenfalls neu festgelegt. Wenn die Arbeiterinnen im Alter unter 16 Jahren in den Beruf eintreten, so stellt sich ihr Wochenlohn im ersten, zweiten, dritten, vierten, fünften und sechsten Jahre auf 6, 8, 11, 13, 15 und 16 Mk. Sind sie beim Eintritt über 16 Jahre alt, so verdienen sie im ersten, zweiten, dritten und vierten Jahre 10, 12, 50, 15 und 16 Mk.; zählen sie beim Eintritt schon über 19 Jahre, so erhalten sie wöchentlich in den ersten drei Jahren 11, 13, 50 und 16 Mk. Die Kündigung ist eine einheitliche und beträgt für alle Beschäftigten einen Tag.

Die Krefelder Samtappreturarbeiter gehören zu 90 Prozent dem Deutschen Textilarbeiterverband an, der auch ihre Forderungen vertreten hat. Der Rest ist bei den Christen und Hirschen organisiert. Die Christen hatten keine Forderungen gestellt, wurden aber auf ihr Ersuchen von den Unternehmern zu den Verhandlungen hinzugezogen. Die Herren glaubten wahrscheinlich ihre Interessen besser gewahrt, wenn die Vertreter von „Roms Gnaden“ mit dabei waren. In ihrer Verbandszeitung haben die Christen die Bewegung verzeichnet, verschwiegen aber selbstverständlich, daß sie selbst völlig bedeutungslos für den Ausgang der Bewegung waren. sk.

Arbeitslosen zählung im Deutschen Textilarbeiterverband. Die Aprilzählung ergab 1384 Arbeitslose, darunter 514 Arbeiterinnen. Im Vormonat waren 1884 und im April des Vorjahres 1159 Arbeitslose zu verzeichnen. Am gleichen Tage wurden 133 Arbeitslose auf der Reise gemeldet, im Vormonat 116 und im April des Vorjahres 150. Die Mitgliederziffer beträgt gegenwärtig 131 941, darunter 53 006 Arbeiterinnen. sk.

Der freie Sonnabendnachmittag in den Samtwebereien Krefelds. Eine erfolgreiche Bewegung um Verkürzung der Arbeitszeit haben die Proletarier in den Krefelder Samtwebereien hinter sich. Es handelte sich dabei um den früheren Schluß der Arbeit an den Samstagen. In der Textilindustrie sind bekanntlich von den über 1 Million Beschäftigten gegen 60 Prozent Arbeiterinnen. Zu einem erheblichen Teil sind die Arbeiterinnen auch verheiratet, Familienmütter, die mitbedienen müssen, weil der Lohn des Mannes allein zur Erhaltung der Seinen nicht ausreicht. Neben der Fabrikarbeit haben diese Frauen in der Regel auch noch die ganze häusliche Arbeit zu verrichten. Die meisten von ihnen erwarten den Sonntag, damit sie alles aufarbeiten können, was an häuslicher Arbeit wochentags liegen bleibt. In der Folge wird der Sonntag für diese Frauen erst recht zu einem Arbeitstag. Der Sonntag aber soll für alle ein Sonnentag sein, ein Ruhetag, ein Feiertag. Um den Arbeiterinnen zu ihrem Menschenrecht auf einen Ruhetag zu verhelfen, gibt es nur ein Mittel: die Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt und an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage im Besonderen.

Auch für die Arbeiter in der Textilindustrie ist die Forderung kürzerer täglicher Arbeitszeit und Mittagsarbeitschluß an den

Samstagen wohlbegründet. Meist wollen sie im Hause ihren Frauen mithelfen, die ihnen als Arbeiterinnen in der Textilindustrie bei der Sorge ums Brot so tapfer zur Seite stehen. Außerdem wird die Textilindustrie immer produktiver, das heißt, in derselben Arbeitszeit und mit denselben Arbeitskräften kann immer mehr Ware als früher hergestellt werden. Die hochentwickelte Technik der Textilmaschinen macht das möglich. Hochentwickelte Technik der Maschinen, ertragreichere Gestaltung der Produktion und gleich lange Arbeitszeit bedeutet jedoch für die Arbeiterschaft dieses: den früheren Verbrauch ihres einzigen Gutes, ihrer Arbeitskraft. Die im Deutschen Textilarbeiterverband Organisierten drängen deshalb überall auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne.

Das Unternehmertum ist besser organisiert als die Arbeiterschaft, und die bekanntesten Scharfmacher geben seinem Willen und Ausstreben Richtung und Ziel. Darum auch die gewaltigen Kämpfe zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten in der Textilindustrie. Es sei nicht zuletzt an den siebzehnwöchigen Färberstreik in Krefeld erinnert, dessen hauptsächlichstes Kampfbild die Verkürzung der Arbeitszeit war. Der Deutsche Textilarbeiterverband tritt schon seit Jahren für den Mittagsarbeitschluß an den Sonntagen ein. Dem Reichstag ließ er kürzlich eine entsprechende Petition zugehen, die von vielen Tausenden Arbeitern und Arbeiterinnen unterzeichnet worden ist. Er will damit zur gesetzlichen Festlegung des freien Sonnabendnachmittags drängen. Leider humpelt die Gesetzgebung ganz elend vorwärts, wenn es sich um Regelung der Arbeitszeit, um Arbeiterinnenschutz handelt. Das sahen wir bei der gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen von 11 auf 10 Stunden. Der Deutsche Textilarbeiterverband hatte schon in einem großen Teil der Textilindustrie den Festschluß erlangt, als endlich die Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Januar 1910 die Arbeitszeit für Arbeiterinnen von 11 auf 10 Stunden täglich verkürzte, auf 8 Stunden an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage. Für die Arbeiterinnen anderer Erwerbszweige lagen die Dinge ebenso. Auch für sie war die Selbsthilfe durch ihre Gewerkschaft der Staatshilfe durch das Gesetz vorausgegangen.

Für die Arbeiter im allgemeinen ist die Arbeitszeit so gut wie gar nicht gesetzlich geregelt, denn der sogenannte sanitäre Maximalarbeitszeit in gesundheitlich besonders gefährlichen Betrieben ist eine Ausnahme geblieben und steht auf einem anderen Blatt. Für die Arbeiter heißt es immer wieder: Helft euch selbst. Und die Textilarbeiter helfen sich immer mehr selbst, um durch Verkürzung der Arbeitszeit ihre Gesundheit, ihre Arbeitskraft zu schützen. Krefeld gehört mit zu den Söhnen der Textilindustrie, wo dank dem Drängen der im Deutschen Textilarbeiterverband Organisierten der zehnstündige Arbeitstag eingeführt wurde. Hier ist unter der Textilarbeiterchaft die Einsicht vorhanden, wie bitter not die Verkürzung der Arbeitszeit tut. Darum auch das zähe, energische Streben nach dem freien Samstagnachmittag. Es blieb nicht ohne Erfolg. Schon seit Jahren bestand in einigen Stoffwebereien und anderen Betrieben der Krefelder Samtweberei Samstag der Mittagsarbeitschluß. Die Samtweberei der übrigen Betriebe forderten ihn ebenfalls und wandten sich schon im Herbst 1913 durch ihre Ausschüsse an die Herren Arbeitgeber. Die Antwort war ablehnend, sie mag durch die Krise beeinflusst worden sein und durch den Färberstreik, der infolge des organisierten Streikbruchs der Christen keinen Erfolg gebracht hatte. Trotzdem hätten sich die Herren sagen müssen, daß es bei dieser Forderung für die Samtweberei kein Halt mehr gab. Statt Einsicht zu beweisen, riefen die Herren Kapitalisten den Arbeitgeberverband an, der gegen das bescheidene Zugeständnis scharfmachte. Einige Firmen versuchten es sogar, den freien Sonnabendnachmittag dort, wo er bestand, wieder abzuwürgen. Im Februar 1914, als eine bessere Konjunktur für die Samtindustrie einsetzte, erhoben die Krefelder Samtweberei ihre alte Forderung, daß in allen Samtwebereien Samstag mittags Arbeitschluß erfolge. Da wiederum kein Arbeitgeber bewilligen wollte, blieben die Arbeiter und Arbeiterinnen des größten Betriebes Samstagnachmittag von der Arbeit weg. Die Arbeiterschaft der anderen Betriebe war fest entschlossen, diesem Beispiel zu folgen. Nachträglich scheint der Arbeitgeberverband eingesehen zu haben, daß in diesem Falle Nachgeben das Klügere Teil sei. Er beschloß, daß in solchen Samtwebereien, wo die Beschäftigten Samstag nachmittags frei haben wollen, die Firmen die Forderung nach eigenem Ermessen bewilligen sollen. Damit war in allen Samtwebereien Samstag mittags der Arbeitschluß erreicht. Das bedeutet für etwa 1450 Beschäftigte eine Verkürzung der Arbeitszeit um rund 4500 Stunden wöchentlich. Der freie Samstagnachmittag war sicher!

N. Weischnider.

Genossenschaftliche Rundschau.

Wir wiesen seinerzeit kurz darauf hin, daß der Verband der Schweizer Konsumvereine mit der Aktiengesellschaft Bell, einem großen Schweizer Schlächtereierunternehmen, einen Vertrag abgeschlossen hat, nachdem diese Gesellschaft unter näher formulierten Bedingungen eine im Interesse der Konsumenten liegende Fleischversorgung durchzuführen hat. Da außer dem größten Konsumverein in Basel auch noch einige andere Schweizer Konsumvereine eigene Schlächtereien haben, erregte diese Mitteilung besonders in Genossenschaftskreisen — auch in Deutschland — einiges Aufsehen. Politische wie genossenschaftliche Blätter besprachen den Fall eingehend. In Konsumvereinskreisen verhielt man sich zwar nicht direkt ablehnend gegenüber diesem Vorgang, aber es wurden doch gewisse Bedenken prinzipieller Art ausgesprochen. Man meinte, daß das Vorgehen der Schweizer Konsumvereine doch nicht so recht mit dem Gedanken genossenschaftlicher Betätigung in Einklang ließe. Agrarische Kreise aber befürchteten von einer derartigen Kartellierung für ihre Interessen, weil dadurch die Möglichkeit einer Preisregulierung nach unten gegeben sei. Diese verschiedenartige Beurteilung und die große Aufmerksamkeit, die dem Fall bei den in Betracht kommenden Interessenten geschenkt wird, zeigt jedenfalls daß man es mit einem sehr beachtenswerten Vorgang mit mehr als nationaler und genossenschaftlicher Bedeutung zu tun hat. Sicher verdient er besonders die Beachtung aller Konsumentkreise der ärmeren Bevölkerung. Denn wenn dem Kartell wirklich die Absicht gelänge, durch solche Organisation eine Verbilligung der wichtigsten Nahrungsmittel der Menschen zu erreichen, dann müßten alle Bedenken dagegen zurückgestellt werden. Es ist daher am Platze, noch einiges darüber zu berichten.

Die Bell Aktiengesellschaft erzielte im Jahre 1912 einen Umsatz von etwa 20 Millionen Franken (16 Millionen Mark); sie verbrauchte 90000 Stück Vieh und hatte 125 eigene Verkaufsstellen in den acht großen Städten des Landes, davon 82 in Zürich, 28 in Basel und 23 in Luzern. Interessant ist nun, zu wissen, wie die wichtigsten Bestimmungen des Vertrags lauten, den der Konsumvereinsverband mit dieser Gesellschaft abgeschlossen hat. Er ist mit 1754 Aktien an dem Unternehmen beteiligt und hat zwei Sitze im Verwaltungsrat. Dagegen verpflichtet sich der Verband, „von der Errichtung von Anstalten für die Produktion der von den schweizerischen Konsumvereinen benötigten Fleischwaren abzusehen, und überträgt und überläßt diese Aufgabe der Bell Aktiengesellschaft, solange diese die Konsumenteninteressen wahrt,“ das heißt „eine rationelle, im Interesse der Konsumenten liegende Fleischversorgung der Schweiz durchzuführen sich verpflichtet“. Der Verband kann die Vermittlung von Fleischwaren, die er bis jetzt vermittelt hat, in bisheriger Weise an die ihm angeschlossenen Vereine besorgen. Im übrigen wird er seine Verbandsvereine, soweit solche für die Fleischvermittlung in Betracht fallen können, für alle von ihnen benötigten Fleischwaren, für deren Bezug nicht heute bereits eigene Produktionsbetriebe oder andere Verbindungen bestehen, an die Bell Aktiengesellschaft verweisen und die Vereinbarungen, die die Durchführung einer rationellen Fleischversorgung der einzelnen Plätze der Schweiz ermöglichen sollen, zwischen den Konsumvereinen und der Gesellschaft vermitteln. Es wird deren geschäftliche Bestrebungen nach Möglichkeit unterstützen, soweit nicht die Konsumvereine die Vermittlung von Obst, Gemüse, Konerven auf andere Weise wünschen. Alle Lieferungen der Bell Aktiengesellschaft an die dem Verband angeschlossenen Konsumvereine werden durch den Verband berechnet. Mit dem Allgemeinen Konsumverein in Basel, der eine große Schlächtereier betreibt, sind besondere Abmachungen getroffen. Die wichtigsten lauten: Der Allgemeine Konsumverein Basel steht von der Erweiterung seiner Schlachtanlagen ab. Er bezieht seinen Bedarf an frischem Fleisch soweit möglich von der Bell Aktiengesellschaft. Die von ihm zu bezahlenden Preise sollen nicht höher sein als der Selbstkostenpreis (reiner Einstandspreis bis zur Ablieferung), nebst einem zu vereinbarenden geschäftsmäßigen Zuschlag für Verzinsung und Amortisation. Die Bell Aktiengesellschaft errichtet in Basel für den Detailverkauf ohne Einverständnis mit dem Allgemeinen Konsumverein keine neuen Verkaufsstellen und überläßt den weiteren Ausbau für den Detailverkauf dem Allgemeinen Konsumverein so lange, als der Allgemeine Konsumverein das frische Fleisch von der Bell Aktiengesellschaft bezieht. Beim Ablauf von Mietverträgen jegiger Verkaufsstellen können Verhandlungen stattfinden, um nach und nach eine systematische Verteilung der Verkaufsstellen für Fleisch in der Stadt Basel vorzunehmen und unwirtschaftliches Nebeneinanderbestehen zu beseitigen. In bezug auf die Preisansätze hat eine Verständigung stattzufinden, und zwar in der Weise, daß die vor

Beginn der Interessengemeinschaft geltenden Preisansätze wegleitend sein sollen, daß aber die Entwicklungsmöglichkeit des Allgemeinen Konsumvereins für den Detailverkauf nicht Schaden leidet. — Im allgemeinen wird dann ferner noch bestimmt: Die Bell Aktiengesellschaft verspricht, alle Institutionen des Verbandes schweizerischer Konsumvereine, die das Interesse der Bell Aktiengesellschaft zu fördern in der Lage sind, soweit tunlich zu bewegen, namentlich für alle Warenlieferungen den Verband schweizerischer Konsumvereine, soweit er selbst Lieferant ist, mitkonkurrieren zu lassen. Die Bell Aktiengesellschaft verpflichtet sich, daß sie andere Gebiete der Warenvermittlung nicht in Betrieb aufnimmt, sondern sich auf die Bearbeitung ihrer jetzigen Gebiete, nämlich Fleisch, Obst, Gemüse, Konserven und andere in die Fleischbranche gehörenden Bedarfsartikel beschränken wird.

Den praktischen Ergebnissen dieses Experimentes — denn ein solches ist es vom Konsumgenossenschaftlichen Standpunkt aus — kann man mit größtem Interesse entgegensehen. Denn davon wird es abhängen, ob sich die Konsumvereine weiter auf solche Umwandlungen mit Privatunternehmen einlassen dürfen.

Das altenburgische Stempelgesetz gewährt Gebührenfreiheit solchen Institutionen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen. Ein Konsumverein glaubte berechtigt zu sein, von dieser Bestimmung des Stempelgesetzes Gebrauch machen zu können, erhielt aber folgenden Entscheid des herzoglichen Ministeriums: „Konsumvereine können als gemeinnützige Unternehmungen nicht angesehen werden; denn sie dienen nicht dem allgemeinen Besten, da ihre Unternehmungen nicht der Allgemeinheit förderlich, vielmehr geeignet sind, einen wichtigen Teil dieser Allgemeinheit, den gewerblichen Mittelstand, schwer zu schädigen.“ Wenn das eingeseilichte und rüchjändige Mittelständler sagen, wundert man sich nicht mehr, daß aber die Regierung eines Landes, wenn auch eines ganz kleinen, derartige unheimliche Ansichten, offen ausspricht, so fällt das immerhin einigermaßen auf. Doch — jeder blamiert sich, so gut er kann!

In dem von Hamburger Arbeitern am 1. Mai veranstalteten Demonstrationenzug wurde nach einem Bericht des Hamburger Echo von genossenschaftlichen Arbeitern ein Plakat mit der Aufschrift getragen: „Auch die Arbeiter der Verlagsanstalt deutscher Konsumvereine fordern den Achtstundentag.“ Die Konsumgenossenschaftliche Rundschau bemerkt dazu: „Nichtiger wäre es schon gewesen, um falschen Vorstellungen von der im Betrieb der Verlagsgesellschaft herrschenden Arbeitszeit bei seinen vielen tausend genossenschaftlich organisierten Lesern vorzubeugen, wenn das Blatt zur besseren Beurteilung des Plakats mitgeteilt hätte, wie lange die Arbeiter und Angestellten der Verlagsgesellschaft denn eigentlich arbeiten. Ehrlischer und den gewerkschaftlichen Interessen zuträglicher wäre es auch gewesen, an die Stelle der sehr mißverständlichen und absichtlich irreführenden ‚Forderung‘ auf das Plakat die Feststellung dessen zu setzen, was in wohlthuendem Gegensatz zu anderen Unternehmungen die Verlagsgesellschaft bietet. In der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine besteht nämlich im allgemeinen die achtstündige Arbeitszeit. In den technischen Betrieben wird beispielsweise von 7 1/2 Uhr vormittags bis 4 1/2 Uhr, Sonnabends bis 4 Uhr nachmittags gearbeitet mit Einschluß von insgesamt 1/4 Stunden Pause. Die effektive Arbeitszeit beträgt also 8 1/4, Sonnabends 7 3/4 Stunden, wöchentlich insgesamt 49 Stunden.“ — Wir müssen auch sagen, daß diese Demonstration gegen ein Genossenschaftsinstitut zum mindesten am falschen Plage war. Nicht nur der Genossenschaftler, sondern auch des Charakters der Mäseier wegen. Man stelle sich nur einmal vor, wie diese Demonstration, die doch in erster Linie einen ersten politischen Zweck haben soll, aussehen würde, wenn die Arbeiter in gleicher Weise gegen einzelne Privatfirmen „demonstrieren“ wollten! Dazu gibt es andere und auch eher zum Ziele führende Mittel und Wege. Man muß nur wünschen, daß dieses Verhalten keine Schule macht.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hat ihren (zwanzigsten) Geschäftsbericht für das Jahr 1913 herausgegeben. Die Zahl der der Gesellschaft angeschlossenen Genossenschaften ist um 76 auf 807 gestiegen. Der Warenumsatz erhöhte sich um reichlich 18 Millionen auf rund 154 Millionen Mk. oder um 13,4 Prozent. Die Waren, die in eigenen Betrieben hergestellt wurden, hatten einen Wert von reichlich 10 Millionen Mk., je eine Rüstfabrik, Leigwaren- und (zweite) Seifenfabrik werden 1914 in Betrieb genommen. Beschäftigt wurden 1000 Tabakarbeiter, 300 Fabrikarbeiter, 450 kaufmännische Angestellte, 7 Wöttcher, Maschinisten und Heizer. Von 26 produzierenden Genossenschaften wurden für beinahe 8 1/2 Millionen Mark Waren bezogen.

Nach dem Konsumgenossenschaftlichen Jahrbuch der Schweiz zählten die dem Verband angeschlossenen 369 Konsumvereine 205 000 Mitglieder, die in 549 Gemeinden 1173 Läden zur Deckung ihres Be-

darfs unterhalten. In Vertonkung und Magazin sind 4476 Angestellte tätig und vermitteln einen Umsatz von 123 Millionen Franken, wobei ein Nettolüberschuß von 9867 000 Franken erzielt wurde. Es erhebt daraus, welche große wirtschaftliche Bedeutung die Konsumvereine in der Schweiz besitzen. H. F.

Notizenteil.

Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen.

Arbeitslosigkeit im Monat März und gewerkschaftliche Hilfe im I. Quartal 1914. Auch im Laufe des März hat sich die Arbeitslage in einer Reihe von Saisongewerben weiter gebessert, während jedoch in den Industrien, die dauernd besonders viel weibliche Erwerbstätige beschäftigen, keine wesentliche Besserung des Arbeitsmarktes zu verzeichnen ist. Das wird auch durch die Berichte von Firmen aus der Textil-, Maschinen- und Nahrungs- und Genussmittelindustrie bestätigt, die fast ebenso ungünstig lauteten als im Vormonat und nur mit geringen Ausnahmen noch ungünstiger sind als im gleichen Monat des Vorjahres.

Nach den Feststellungen von 857 Arbeitsnachweisen — 98 hatten nicht rechtzeitig berichtet — wurden im März für weibliche Erwerbstätige insgesamt 115 680 offene Stellen gemeldet, denen 106 455 Arbeitsgesuche gegenüberstanden. Unter diesen befanden sich noch rund 13 500, die vom Vormonat übernommen worden waren. Von den gemeldeten offenen Stellen konnten aber nur 63 689 im Laufe des Monats besetzt werden, es blieben demnach nicht weniger als 38 366 Arbeitsgesuche von Frauen und Mädchen unberücksichtigt. Gegen den gleichen Monat des Vorjahres haben die Arbeitsgesuche um 19 597, die offenen Stellen dagegen nur um 16 389 zugenommen. Auf je 100 offene Stellen kamen im Berichtsmonat 92 weibliche Arbeitsuchende, während die entsprechenden Zahlen im Vormonat 97 und im März 1913 nur 87 betragen hatten. Die höchste Verhältniszahl wurde im Berichtsmonat in den thüringischen Staaten ermittelt, dort kamen 148 weibliche Arbeitsuchende auf 100 Stellen, dann folgten Bayern mit 116, Schlesien mit 115, die freie Stadt Hamburg mit 114, ferner Posen mit 108 und Braunschweig mit 99. In allen übrigen Landesgebieten steht die Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden unter dem Durchschnitt. Am ungünstigsten sieht es für die weiblichen Erwerbstätigen wiederum in Industrie und Gewerbe aus. Besonders schlecht liegen die Verhältnisse nach den betreffenden Angaben im Handelsgewerbe, in der Metall-, Holz-, Nahrungs- mittel- und Textilindustrie.

Ein noch übersichtlicheres Bild über den Umfang der Arbeitslosigkeit ergeben die gewerkschaftlichen Arbeitslosenzählungen. Diese liegen für 39 Organisationen vor, die zusammen 216 000 weibliche Mitglieder umfassen gegen 223 595 im Vorjahr. In diesen Verbänden wurden im Laufe des ersten Quartals 1914 insgesamt 15 654 beschäftigungslose Arbeiterinnen gezählt. Das sind 2815 oder 22 Prozent mehr als im ersten Quartal 1913. Auf die weibliche Mitgliederzahl berechnet beträgt der Prozentsatz 7,3 gegen 5,9 im Vergleichsquartal. Die meisten Arbeitslosen entfallen auf die weiblichen Mitglieder des Kürschnerverbandes, bei diesen betrug die Prozentziffer 24,7. Dann folgten die Hirsch-Dunderschen Textilarbeiterinnen mit 17,2 und die weiblichen Mitglieder des Tapeziererverbandes mit 15,6. Am Schlusse des Quartals waren noch 4038 Arbeiterinnen gleich 1,9 vom Hundert der weiblichen Organisierten arbeitslos. Die entsprechenden Zahlen am Schlusse des Vergleichs quartals betragen nur 3010 und 1,4. Die Zahl der organisierten beschäftigungslosen Arbeiterinnen hat demnach um 1028 oder 34 Prozent zugenommen. Prozentual die meisten weiblichen Arbeitslosen am Schlusse des Quartals hatten die beiden Verbände der Tapezierer und der Kürschner mit je 5,6 aufzuweisen. Entsprechend der vermehrten Arbeitslosigkeit ist auch die Zahl der unterstützten weiblichen Mitglieder und die Unterstützungssumme stark gestiegen. Im ersten Quartal 1914 wurde von den Organisationen an 9745 weibliche Arbeitslose am Orte und auf der Reise für 171 782 Tage 139 491 Mark Unterstützung veranschlagt. Im Vergleich mit den Zahlen des ersten Quartals 1913 ist das ein Mehr von 1717 unterstützten Arbeiterinnen, von 42 980 Unterstützungstagen und 33 507 Mk. Im Durchschnitt entfiel auf einen Unterstützungsfall 14,40 Mk., im ersten Quartal 1913 dagegen nur 13,20 Mk.

Diese Ziffern erhöhen sich aber ganz bedeutend, sobald die Zahlen und die Ausgaben für die männlichen Arbeitslosen mit hinzugenommen werden. Zur besseren Übersicht und um Vergleiche zu ermöglichen, sind die Gesamtzahlen und Ausgaben für die Ar-

beitslosen beider Geschlechter am Ort und auf der Reise angeführt. Es wurden gezählt im ersten Quartal:

	1914	1913	Zunahme in Prozent
Fälle von Arbeitslosigkeit . . .	235 305	190 656	23,4
Arbeitslose am Schlusse . . .	55 028	45 634	20,6
Arbeitslosigkeitstage	5 151 445	3 418 445	50,7
Unterstützte Personen	1 727 744	1 411 120	22,4
Unterstützungstage	8 043 899	2 117 299	43,8
Unterstützungssumme in Mark	4 214 927	2 824 367	49,2

Danach wurden im ersten Quartal 1914 für beide Geschlechter 44 649 Fälle von Arbeitslosigkeit oder 23,4 Prozent mehr festgestellt als im ersten Quartal 1913, und am Schlusse des Quartals waren noch 9394 gleich 20,6 Prozent mehr arbeitslos als im Vergleichs-quarteral. Wie die Tabelle zeigt, sind die Arbeitslosigkeitstage am meisten gestiegen. Sie erhöhten sich gegen das erste Quartal 1913 um 1 733 000 oder 50,7 Prozent. Die Zahl der unterstützten Personen stieg um 31 624 oder 22,4 Prozent, die der Unterstützungstage um 926 600 oder 43,8 Prozent und die der Unterstützungssumme um 1 390 560 oder 49,2 Prozent.

All diese Angaben zeigen unzweideutig, daß die Arbeitslosigkeit noch eine größere ist als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Sie beweisen aber auch, wie die Arbeitslosen durch die Selbsthilfe der organisierten Proletarier geschützt wurden, während Reich, Einzelstaaten und Gemeinden weiter gegen sie sündigen. Die an einigen Orten gezahlten öffentlichen Unterstützungen sind herabgesetzt oder ganz eingestellt worden, wie es in Frankfurt a. M. und in München der Fall war. In Berlin, wo prozentual die meisten Arbeitslosen vorhanden sind, sollen nicht einmal die Darlehen aus städtischen Mitteln weiter gewährt werden. Die Arbeitslosen mögen weiter hungern, das ist die Lösung der herrschenden Klassen. Mit kaltem Blute haben die Erlauchten und Adligen der Ersten Kammer in Bayern und in Württemberg die bescheidenen Erfolge zunichte gemacht, die unsere Genossen in der Sache der Arbeitslosenversicherung in der Zweiten Kammer durchgesetzt hatten. Mögen die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen daraus die richtige Lehre ziehen und zahlreicher als bisher den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen beitreten, damit sie im Verein mit ihren Brüdern nachdrücklicher für menschenwürdigeren Verhältnisse kämpfen können. Der Kapitalismus ist ihr Feind, ein mächtiger Feind, aber wir wissen, daß seine Herrschaft nicht unbegrenzt und ewig ist, wenn die Ausgebeuteten wollen und handeln. b.

Fürsorge für Mutter und Kind.

Proletarische Jugendpflege in Oesterreich. Der Arbeiterverein „Die Kinderfreunde“, der unter der Leitung des Wiener Landtagsabgeordneten Genossen Volkert steht, eines geborenen Württembergers, hat im letzten Jahr um 1861 Mitglieder zugenommen, so daß er deren nun 3639 zählt. Fast 100 000 Kinder nahmen im Jahr 1913 an den Veranstaltungen des Vereins teil: Ausflügen, Spiel- und Vortagen, Spaziergängen, Gesang-, Turn-, Handfertigkeitsunterricht und Vorlesungen. Die Ortsgruppen des Vereins verliehen an Kinder 40 837 Bücher, sie veranstalteten Kurse für Spielleiter und für die Leistung erster Hilfe bei Unfällen. 60 000 Werbestugblätter an die Arbeiterkellern wurden verbreitet. Auf der jüngst in Wien abgehaltenen Generalversammlung kam es zum Ausdruck, wie bitter der Mangel an Kinderspielflächen in der Reichshauptstadt empfunden wird. Eine gleichzeitig veranstaltete Ausstellung führte die Lehr- und Lernmittel für Modellierunterricht, Klebtechnik, Flechtarbeit sowie Ausnäheblätter und dergleichen vor. Die schöne Bewegung der österreichischen „Kinderfreunde“ ist von Graz ausgegangen, wo sie durch eine Anregung des Genossen A. Frisch, Redakteur am „Arbeiterwille“, ins Leben gerufen wurde. R. B.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Die zweite sozialistische Frauenkonferenz in Italien hat in Ancona stattgefunden. Sie ging dem vierzehnten Parteitag der italienischen Sozialdemokratie voraus, der dort vom 26. bis 29. April abgehalten wurde. Zwar kam in Italien von einer stark organisierten, umfangreichen und geschulten sozialistischen Frauenbewegung kaum die Rede sein. Doch dürfen wir unstreitig die ermutigende Tatsache verzeichnen, daß in der Zeit zwischen der ersten Frauenkonferenz 1912 zu Reggio Emilia und der zweiten die junge Bewegung an Ausdehnung und Organisation bedeutend gewonnen hat. In Ancona waren die Genossinnen von Mailand, Turin, Bologna, Neapel, Cesena, Vergoselio, Suzzara, Ra-

venna und Rom vertreten. Da in Italien die Organisation der Frauen nie durch gesetzliche Schranken gehindert worden ist, so schließen sich die meisten organisierten Genossinnen den örtlichen sozialdemokratischen Parteigruppen an. Nur in Turin und Mailand bestehen als Ausnahmen besondere Frauengruppen der Partei, die sich vor allem der Aufgabe widmen, das weibliche Proletariat aufzuklären und zu organisieren. Auf der letzten Konferenz wurde der Wunsch ausgedrückt, keine Sonderorganisationen der Frauen zu gründen beziehungsweise die bereits bestehenden mit den Parteigruppen zu verschmelzen.

An der Frauenkonferenz beteiligten sich auch einige Genossen: Parlamentsabgeordnete und Vertreter von solchen Gewerkschaften und Arbeitsstammern, die viele Frauen als Mitglieder zählen. Genossin Kulischoff, die unermüdete Vorkämpferin der sozialistischen Frauenbewegung in Italien, konnte leider wegen Krankheit nicht an der Konferenz teilnehmen und hat, sie auch im Ausschuß des Landeskomitees der Genossinnen durch eine jüngere Kraft zu erledigen. Die Frauenkonferenz sprach in einer Depesche an die verdiente Genossin heißeste Wünsche für ihre Genesung aus wie die Bitte, Genossin Kulischoff möge in ihrem Amte verbleiben und ihre wertvolle Mitarbeit der sozialistischen Frauenbewegung nicht entziehen. Das Landeskomitee der sozialistischen Frauen hatte die Genossinnen Altobelli, Goia und Balabanoff zu der Konferenz delegiert. Die erstgenannte Genossin vertrat gleichzeitig die zahlreichste gewerkschaftliche Organisation italienischer Proletarier, die der Landarbeiter und Landarbeiterinnen, die gegen 140 000 Mitglieder zählt, und deren Sekretärin Genossin Altobelli seit vielen Jahren ist. Genossin Goia ist Arbeitersekretärin in Suzzara, und Genossin Balabanoff gehört dem Parteivorstand der italienischen Sozialdemokratie an. Wir haben die leitenden Ämter dieser Genossinnen in den Gewerkschaftsorganisationen und der Partei aus einem bestimmten Grunde hervor. Obwohl die Konferenz nicht zahlreich besetzt war, standen doch in Wirklichkeit die Partei und starke Gewerkschaften mit ihrer Sympathie und ihrem Ansehen hinter den Delegierten, bereit, die sozialistische Frauenbewegung tatkräftig zu fördern. Außerdem zeigt der Umstand, daß in Italien die eifrigsten Trägerinnen der sozialistischen Frauenbewegung nicht minder fleißig in der allgemeinen Arbeiterbewegung mitarbeiten und dort wichtige Ämter bekleiden.

Die Frauenkonferenz billigte den Bericht über die Tätigkeit der Genossinnen in der verfloffenen Geschäftsperiode. Sie betonte, daß es notwendig sei, unter dem weiblichen Proletariat die gewerkschaftliche und politische Agitations- und Organisationsarbeit eifrigst und planmäßig zu betreiben und die bestehenden einzelnen Frauenvereinigungen der allgemeinen Bewegung einzugliedern. Sie beschloß ferner, sich mit dem Parteivorstand zu verständigen, beziehungsweise ihn um die nötigen Mittel zu ersuchen für die Besoldung des Redaktionspostens der „Difesa delle Lavoratrici“ und die Anstellung und Besoldung einer Sekretärin, deren Aufgabe es wäre, die Organisation des weiblichen Proletariats zu betreiben. Die Konferenz erörterte auch die Frage, wie der Kampf für die sozialen Forderungen des weiblichen Proletariats wirksam zu fördern sei. So für den freien Samstagnachmittag, die Ausdehnung der Mutterschaftsversicherung auf die Landarbeiterinnen und Heimarbeiterinnen usw. Die Frauenkonferenz empfahl den Genossinnen, sich der Arbeitskonföderation zur Verfügung zu stellen, in der die gewerkschaftlichen Organisationen Italiens föderalistisch zusammengeschlossen sind. Gemeinsam mit ihr sollen sie die Forderungen des weiblichen Proletariats auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung verfechten.

Was das Wahlrecht betrifft, so wurde vom Landeskomitee der Genossinnen der Konferenz eine längere Resolution vorgelegt. Sie fordert außer dem Wahlrecht für alle Grobjährigen ohne Unterschied des Geschlechts das Proportionalwahlrecht und die Einführung der Listenwahl. Das Frauenwahlrecht wird gefordert in der Erwägung, „daß die sogenannte ‚große Reform‘ des Wahlrechts in Italien nur die Ausdehnung eines Vorrechts auf einen größeren Teil der männlichen Bevölkerung bedeutet; daß es ein Hohm ist, von dem allgemeinen Wahlrecht zu sprechen, wenn die eine Hälfte der erwachsenen Bevölkerung und der Arbeiterklasse rechtlos verbleibt; daß die Frauen infolge der gleichen Lebensbedingungen und der sich daraus ergebenden Klassenolidarität denselben Anspruch auf die Waffe des Wahlrechts haben wie die Männer, dieser Waffe aber noch dringlicher als diese zu ihrer Verteidigung bedürfen, weil sie in ihrer Eigenschaft als Frauen und Arbeiterinnen doppelt ausgedeutet werden und als Mütter das höchste soziale Interesse vertreten, nämlich das Interesse der Gattung; daß keine proletarische Errungenschaft vollständig und dauerhaft sein kann und kein Sieg wirklich revolutionär, wenn nicht auch die Frau als Mitarbeiterin

und Kämpferin mit den gleichen Rechten ausgerüstet ist, um Schulter an Schulter mit dem männlichen Proletariat für die gemeinsame Befreiung zu ringen. Die Forderung des Proporz wird damit begründet, daß ohne ihn der demokratische Geist des Wahlrechts Trug und Täuschung werde. Erst das Proportionalwahlrecht ermögliche es den Klassen und Parteien, eine parlamentarische Vertretung zu erlangen, die ihrer wirklichen numerischen Stärke entspricht. Er verbürge, daß keine Meinung und kein Interesse ohne Stimme bleibe, verhüte damit das Paktieren, das Kompromittieren mit Gegnern und die Abschwächung scharf unrisseiner Parteiprogramme. In Zusammenhang mit dem Proporz wird dann gefordert, die Einzelwahlkreise mindestens durch Provinzwahlkreise zu ersetzen und die Listenwahl einzuführen. Frauenwahlrecht, Proporz und Listenwahl wurden als unerläßliche Vorbedingungen bezeichnet, dem politischen Leben Gesundheit und Kraft zurückzugeben und den Parlamentarismus zu heben.

Besonderes Interesse dürfen die praktischen Schlussfolgerungen der Resolution beanspruchen. Danach hatte der Parteitag die sozialdemokratische Fraktion der Kammer aufzufordern, gemäß § 6 des letzten sozialdemokratischen Wahlprogramms zu handeln, der die mitgeteilten drei Forderungen festlegt. Die Fraktion sollte im Laufe des Jahres 1914 oder anfangs 1915 eine entsprechende Gesetzesvorlage im Parlament einbringen. Die Abgeordneten wie alle agitatorisch tätigen Genossen und Genossinnen sollten gehalten sein, die drei Forderungen in Volksversammlungen zu vertreten, damit die parlamentarische Aktion durch energische Willenskundgebungen der proletarischen Massen gestützt werde. Die Frauentagung stimmte der Resolution zu, die auch vom Parteitag angenommen wurde, und zwar durch Affirmation. Genossin Vorbiga-Keapel hatte sie im Auftrag der Konferenz bei diesem eingebracht und begründet.

Die zweite Konferenz der sozialistischen Frauen Italiens entsandte einen Solidaritätsgruß an die Tabakarbeiterinnen in Rom, die sich seit zehn Tagen im Ausstand befanden. Sie beschloß, mit allen Mitteln durch Agitation, Geldsammeln usw. den streikenden Arbeiterinnen in dem schweren Kampfe beizustehen, den sie gegen den kapitalistischen Staat als ihren unmittelbaren Ausbeuter führen müssen. Die bestreikten Tabakfabriken sind nämlich Staatsbetriebe und zeichnen sich als solche durch — Ruhestraubeutung aus. Die sozialdemokratischen Frauen Anthonas benutzten die Anwesenheit von Genossen aus dem ganzen Lande, um die Fahne ihrer neugegründeten Parteiorganisation feierlich einzuweihen. Alle zur Konferenz und zum Parteitag in Anthona weilenden Genossinnen nahmen an der Feier teil, bei der zahlreiche Reden gehalten wurden. Genosse Morgari, Abgeordneter für Turin und Sekretär der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion, widmete seine Ansprache dem Frauenwahlrecht. Bei dem großen Meeting, das in Verbindung mit einem riesigen Demonstrationzug den Parteitag eröffnete, sprachen die Genossinnen Altobelli und Gioia. Genossin Altobelli begrüßte den Parteitag im Namen der proletarischen Frauen. Sie betonte, wie notwendig es für die allgemeine Bewegung sei, die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen für den sozialistischen Kampf zu gewinnen. Ihre Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Wir glauben behaupten zu dürfen, daß die zweite Konferenz der italienischen Genossinnen Wertvolles für die grundsätzliche Durchbildung wie die praktische Arbeit der Frauen geleistet hat. Ihre Beratungen und das von ihr aufgestellte Tätigkeitsprogramm werden den Genossinnen wie der gesamten Partei eine Richtschnur sein für das planmäßige Wirken zur Aufklärung und Organisierung der Proletarierinnen, für den grundsätzlich scharfen Kampf um politische und soziale Rechte der Frauen des arbeitenden Volks. Innerhalb und außerhalb des Parlaments wird dieser Kampf mit aller Wucht geführt werden. Angelika Valabanoff.

Frauenstimmrecht.

Aus der deutschen Frauenstimmrechtsbewegung. Im Deutschen Verband für Frauenstimmrecht kriselt es weiter. Wie wir hören, ist aus ihm nun auch der Badische Landesverein ausgestiegen, mit Ausnahme von zwei Ortsgruppen, die sich noch nicht entschieden haben. Der Badische Landesverein hat sich dem Deutschen Frauenstimmrechtsbund (Hamburg) angeschlossen, der neugegründeten demokratischeren Organisation. Die Entwicklung nimmt also den Weg, den wir voraussehen. Im Stimmrechtsverband wird bald kaum noch einer der Vereine sein, die die Forderung des gleichen Wahlrechts nicht nur als taktische, sondern als Prinzipienfrage behandelt wissen wollen. Dann hat der Verband die Wahl frei für die Verschmelzung mit den ganz reaktionären Frauenstimmrechtsverbänden.

Die Einigungsfanatikerinnen der bürgerlichen Stimmrechtsbewegung fühlen denn auch ihre Zeit gekommen. Die Führerin der sogenannten „Reformpartei“, Maria Wischniewska, braucht nun nicht mehr im geheimen unter den Mitgliedern des Stimmrechtsverbandes zu arbeiten. Ihre Gruppe geht jetzt selbstständig vor. Sie erläßt Einladungen zu einer „Einigungskonferenz“ im Herbst in Düsseldorf, auf der die Vertreterinnen aller Organisationen über die Schaffung eines Deutschen Bundes der Stimmrechtsvereine beraten sollen.

Das Einladungsschreiben ist wunderbar. Voller Phrasen und lösender Worte, hinter denen nichts steckt — ganz Maria Wischniewska. So viel haben die „Reformer“ freilich gelernt, daß sie die „historische Notwendigkeit“ der Entwicklung zur Spaltung in der bürgerlichen Stimmrechtsbewegung anerkennen, aber sie ziehen nicht die Konsequenz aus ihrer Erkenntnis, sondern versuchen nun aufs neue rechts und links im „Mund deutscher Stimmrechtsvereine“ zu sammeln. Auf der Basis der reinen Frauenstimmrechtsforderung ohne jede nähere Bezeichnung des Wahlsystems, das verlangt werden soll.

Der Plan ist nicht neu. Er tauchte schon vor einigen Jahren auf, wurde aber damals von der Deutschen Vereinigung für Frauenstimmrecht ohne weiteres als undisputabel erklärt. Diese Organisation fühlte wohl, daß sie in einem solchen Gebilde von der Masse des Deutschen Verbandes gedrückt worden wäre. Heute kann sie ihre Einwilligung geben. Denn der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht ist nach dem Ausscheiden seiner radikalen Mitglieder nicht mehr viel stärker als sie. Vielleicht zeitigen aber auch die Düsseldorfer Verhandlungen im Herbst ein Ergebnis, das offiziell nicht vorgesehen ist, das aber gerade nach dem Wunsche der bürgerlichen Landesorganisation so natürlich wäre: die vollkommene Verschmelzung von Deutscher Vereinigung und Deutschem Verband für Frauenstimmrecht. Im Grunde gibt es doch keine Unterschiede mehr zwischen beiden, und eine Mehrheit für die Einigung wäre jetzt leicht zu finden, besonders weil dann auch größere Geldmittel für die glänzende Gestaltung des internationalen Frauenstimmrechtskongresses zur Verfügung stehen würden.

Was der Deutsche Verband zu dem Vorgehen der Reformpartei sagt? Wir wissen es nicht. Vielleicht ärgert man sich ein wenig über die Aktion der Reformer, aber im Herzen kann man Maria Wischniewska, Dr. Käthe Schirmacher und ihren Freundinnen doch dankbar sein. Geht die Sache schief, so kann man sie leicht desavouieren, der Verband als solcher lehnt dann jede Verantwortung ab. Wird die Einigung vollzogen — um so besser.

Wir wünschen den „Reformerinnen“ alles Glück zu der neuesten beabsichtigten Reformation. Sie öffnen den demokratischeren Elementen gründlich die Augen; bleibt noch jemand von ihnen im Verband, so darf er sich nicht wundern, wenn er mit ihm identifiziert und unter die Reaktionäre gerechnet wird. Die Proletarierinnen haben es nicht nötig, sich im Kampfe um ihre politische Befreiung Bundesgenossen im bürgerlichen Lager zu suchen. Was sollten sie auch mit Hilfstruppen anfangen, die heute diesem, morgen jenem zuneigen, die nicht in gerader Linie gegen den Feind gehen können, weil viele ihrer nächsten Bekannten und Verwandten treue Bundesgenossen ihres Gegners, Fleisch von seinem Fleische und Wein von seinem Weine sind. t. b.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Aber die kommunale Mitarbeit der Frauen in Darmstadt wird und das folgende geschrieben: Die „Gleichheit“ hat in Nr. 11 mitgeteilt, daß in Darmstadt die Stadtverordneten 22 Frauen in kommunale Deputationen, Ausschüsse und Vorstände verwaltender Körperschaften gewählt haben. Die Tatsache stimmt, und sie ist erfreulich. Der Meldung ist noch hinzuzufügen, daß von den 22 Gewählten abgesehen noch 18 andere Frauen in der Armenpflege tätig sind. Leider müssen aber diese Mitteilungen durch eine weit weniger erfreuliche Feststellung ergänzt werden. Unsere vier Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung haben es nicht für nötig gehalten, den proletarischen Frauen eine entsprechende Mitarbeit auf kommunalem Gebiet zu sichern. Unter den vierzig Frauen, die nun hier tätig sind, befindet sich nur eine einzige Genossin. Uns ist es unerklärlich, daß nicht mehr als diese einzige Vertreterin unserer Auffassung und des werktätigen Volkes für die kommunalen Ämter vorgeschlagen worden ist. Wir meinen, daß sich darunter befinden, für die eine proletarische Frau mehr Verständnis mitbringt als eine bürgerliche Dame. Wie die kommunalen Aufgaben gesehen und erfüllt werden, das hängt doch ganz wesentlich davon ab, wie jemand die Gemeinde mit ihren Einrichtungen und Zuständen, die Gesellschaft überhaupt sieht. Es

ist aber eine alte Erfahrung, daß Frauen, die zum arbeitenden Volke gehören, all diese Dinge anders sehen als Frauen, die zur kleinen Welt der Besitzenden gehören. Sie müssen sie anders sehen, weil sie nie anders empfinden. Man wende nicht ein, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten wahrscheinlich für die kommunale Mitarbeit nicht mehr Genossinnen in Vorschlag bringen könnten, weil es in Darmstadt an geeigneten Persönlichkeiten dafür fehlt. Wenn dem so wäre, dann würde das ein Armutszugnis für unsere Bewegung sein und eine Anklage zugleich, daß nicht eifrig genug an der Aufklärung und Schulung der Genossinnen gearbeitet worden ist. Wir sind jedoch überzeugt, daß es in unseren Reihen tüchtige Frauen gibt, die mit Nutzen und Ehren in den Deputationen usw. wirken würden. Halten wir unsere Genossinnen nicht für befähigt, ihre Kinder im Geiste des Sozialismus zu erziehen und die Kämpfe des Mannes zu verstehen und zu teilen? Unsere Frauen würden sich auf kommunalem Gebiet bald eingearbeitet haben, wie sich ja auch die bürgerlichen Damen erst einarbeiten müssen. Eine zahlreichere Vertretung unserer Genossinnen in kommunalen Ämtern wäre unstreitig eine große Ermutigung gewesen, sich zu bilden und öffentlich zu wirken. Ihre geringe Berücksichtigung darf keine Entmutigung werden, umgekehrt, sie müssen ein Ansporn sein, nun erst recht vorwärtszustreben. Hoffentlich werden bei ferneren Wahlen zu kommunalen Vertrauensposten die sozialdemokratischen Stadtverordneten energisch darauf drängen, daß die proletarischen Frauen zahlreich zur Mitarbeit herangezogen werden.

Die Anstellung von vier weiteren Assistentinnen der Gewerbeaufsicht in Preußen ist für 1914 im Etat vorgesehen. Damit würde die Zahl dieser Beamtinnen auf 18 steigen. Im ganzen Deutschen Reiche waren 1912 — wie wir bereits berichtet haben — 43 Assistentinnen der Gewerbeaufsicht tätig.

Eine Frau als Mitglied des neu errichteten Jugendamtes in Lübeck. Laut Satzung muß eine Frau dem neu geschaffenen Jugendamt angehören, das in Lübeck als Gemeindevorstand für die Stadt und die Vorstädte funktioniert. Der Senat von Lübeck hat für den Posten eine Frau ausersehen, die bereits seit zwei Jahren Mitglied der Armenbehörde ist.

Drei städtische weibliche Beamte sind in Osnabrück a. M. tätig. Es sind das: eine Armenpflegerin, eine Wohnungsinspektionsgehilfin und eine Pflegerin der Beratungsstelle für Säuglinge und Mütter und für die Lungenfürsorge.

Frauen im Schulwesen der Stadt Bonn. In die städtischen Kommissionen für das höhere Schulwesen in Bonn sind zwei Frauen gewählt worden. Sie haben beratende Stimme. Auch dem Vorstand der städtischen Fortbildungsschule gehören zwei Frauen mit beratender Stimme an.

Zwei Krankenpflegerinnen als Beamte beim Wohnungsamt der Stadt Berlin sind seit dem 1. Januar d. J. tätig. Auf dem Gebiet des Wohnungswesens ist reichste Gelegenheit für die Betätigung der Frauen vorhanden.

Verschiedenes.

Die Küche im Mai. Unter diesem Titel fand in den ersten Tagen des Monats in Berlin eine Kochkunstausstellung statt. Man sah dort, wie angenehm es sich im wunderschönen Monat Mai leben läßt, wenn man über das nötige Geld verfügt, um sich entweder selbst einen erstklassigen Koch halten oder aber die kulinarischen Dienste der feinen Lushotels und Restaurants in Anspruch nehmen zu können. Die hervorragendsten Kochkünstler der Reichshauptstadt hatten die Ausstellung überreich mit ausserlesenen Erzeugnissen ihrer Kunstfertigkeit besetzt. Jeden Tag wurden die ausgestellten Herrlichkeiten durch neue, womöglich noch raffiniertere Schüsseln ersetzt. Dinge gab es da zu sehen, die dem gewöhnlichen Sterblichen kaum dem Namen nach bekannt sind: riesige Langusten, indische Schwalbennester, aus denen Suppen für Millionäre bereitet werden, Belasinen, seltene exotische Früchte usw., kurz alles, was zum Gaumensitzel reicher Müßiggänger dient. Einzelne Schüsseln, die doch nur Teile einer aus vielen Gängen bestehenden Mahlzeit waren, kosteten mehr, als eine Arbeiterfamilie in Wochen verdienen kann. Von Fachmännern wurde die Aufmachung dieser hochherrschaftlichen Gerichte in der bürgerlichen Presse in den überschwenglichsten Tönen gepriesen. Proletarier würden wahrscheinlich erstaunt sein, wenn sie sehen könnten, welche ausgestellten Kunststücken nötig sind, um den Appetit eines überfättigten Feinschmeckers zu neuen Leistungen anzuspornen. Diese Sorge hat die proletarische Hausmutter nicht. Dafür hat sie anderes zu bedenken. Während der Tisch für den Reichen im Mai ebenso üppig gedeckt ist wie in den übrigen Monaten, da alle Jonen ihm ihren Tribut zollen müssen, ist der Mai für die Küche des Ar-

beiters beinahe der schwierigste Monat des Jahres. Das proletarische Hauptnahrungsmittel, die Kartoffeln, keimen, sie werden fleckig und unjammhaft. Die alten Gemüse taugen nichts mehr und die neuen ausländischen sind ebenso wie der einheimische Spargel viel zu teuer, als daß die Arbeiterfrau mit einem Durchschnittswirtschaftsgeld auch nur im Traum daran denken könnte, mit ihnen den Tisch zu bestellen. Der Reiche schwelgt im Mai in Krebsen, frischen Edelpilzen und anderen zarten Saisondelikatessen, der Arme muß froh sein, wenn er sich mit den schwerverdaulichen Kleinfalbrigen, den Hülsenfrüchten, den Ragen füllen kann. Und doch ist er es, dessen unbegahnte Arbeit den kapitalistischen Mehrwert bildet, von dem die Drohnen in der kapitalistischen Gesellschaft ihr Frasserdasein führen. M. Kl.

Frauenangelegenheiten im Landtag von Neuchâtel. Soll der Staat Frauen als Maschinenschreiberinnen beschäftigen? Diese Frage wurde bei den Etatberatungen im reußischen Landtag kürzlich erörtert. Ein mittelständlerischer Abgeordneter lehnte die Bejahung der Frage mit der Begründung ab, man nehme mit der Anstellung von Frauen oder Mädchen Familienvätern das Brot weg. Der Herr ging anscheinend von der kuriosen Ansicht aus, daß alle Frauen und Mädchen durch die Familie eine gesicherte Existenz haben. Einen anderen Standpunkt vertrat ein nationalliberaler Landgerichtsrat. Er meinte, das Einbringen von Schreibmaschinendamen in den Geschäftsbetrieb sei deshalb schon nahezu ausgeschlossen, weil dort oft Sachen getippt werden müßten, für die sich weibliche Angestellte nicht eigneten. Diese hinterwäldlerische Ansicht löste aber selbst in dem Fünftimmigenwahlsparlament eine stille Heiterkeit aus, und die folgenden Redner rückten mit wenigen Ausnahmen merklich von ihr ab. Man war doch der Meinung, daß man die Erwerbstätigkeit der Frau als eine Tatsache hinnehmen müsse, und daß es ein zweckloses Bemühen sein würde, das Rad der Entwicklung zurückdrehen zu wollen. Nein, gegen die Frau als Ausbeutungsobjekt und als Steuerzahlerin hatten die Herren nichts einzuwenden. Die Konsequenz der anerkannten Entwicklung, die rechtliche und politische Gleichstellung der Frau steht für die nationalliberalen Volksvertreter natürlich auf einem anderen Blatt. Ein Beweis dafür. Die Regierung hat eine Vorlage auf Abänderung der Gemeindeordnung eingebracht. Darin wird das jetzige, im wesentlichen gleiche Kommunalwahlrecht durch ein Pluralwahlrecht ersetzt, das den Wahlberechtigten eine bis fünf Stimmen zuerkennt. Die politische Rechtfertigung der Frauen gilt der Regierung geradezu als eine glatte Selbstverständlichkeit. Scheut sie sich doch nicht, in der sogenannten Begründung ihrer Vorlage den aufreizenden Satz zu schreiben: „Da Frauen und Vormünder nicht stimmberechtigt sind, bedarf es für sie keiner besonderen Vorschrift“. Der Entwurf wird jedenfalls Gesetz werden. Käme es allein auf die Herrschenden an, so könnten die reußischen Proletarierinnen sicher bis zum Sankt Nimmerlein auf die Erfüllung ihrer Forderung warten, Mitbestimmungsrecht in den Gemeinden zu erhalten.

Man verweigert den Frauen jegliches Recht zur Beteiligung am Gemeinde- und Staatsleben, und das obgleich die stark entwickelte reußische Textilindustrie ohne die Frauenarbeit gar nicht auskommen könnte. Dafür ist man um so schneller bei der Hand, auch den Frauen neue Steuern aufzubürden. Die Mehrheit des Landtags hielt die Erweiterung des sogenannten „Kinderprivilegs“ im Einkommensteuergesetz für geboten. Damit waren selbstverständlich auch unsere Genossen einverstanden. Der Ausfall an Einnahmen mußte gedeckt werden. Es hätte nun nahegelegen, die großen Vermögen stärker zur Steuer heranzuziehen. Aber davon war natürlich keine Rede. Die bürgerliche Mehrheit des Landtags beschloß einmütig, die Regierung zu ersuchen, eine Vorlage zur Besteuerung Unberechligter auszuarbeiten, die über 3000 M. Einkommen haben und nicht für nahe Angehörige zu sorgen brauchen. Diese Steuer wird die Arbeiterklasse nicht berühren, gewiß! Trotzdem muß gegen eine steuerliche Quacksalberei protestiert werden, durch die Frauen für die oft genug unfreiwillige, ja erzwungene Ehelosigkeit bestraft werden sollen.

Wie die anderen kleinen thüringischen Staaten, so schwimmt jetzt auch Neuchâtel jüngere Linie ganz im Fahrwasser der Reaktion. Da die Liberalen zu völliger politischer Bedeutungslosigkeit herabgesunken sind, vertritt den Gedanken freier Entwicklung nur die Sozialdemokratie. Ihr ununterbrochenes Wachstum bietet einzig die Gewähr dafür, daß trotz der gegenwärtigen trostlosen Rückwärtserei auch die Frauen eines Tages zu ihrem Rechte kommen. Flp.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Betlin (Sundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.